

Universität Hamburg
Fachbereich: Sozialwissenschaften
Fachgebiet: Politikwissenschaft
Seminar: Forschungsseminar Vergleichende und
Regionalstudien
Dozenten: Prof. Kai-Uwe Schnapp
PD Dr. Falk Daviter
Wintersemester 2018/19



Projektarbeit

Geschlechtsbezogene Repräsentationsunterschiede im Deutschen Bundestag

*Inwiefern unterscheiden sich Redebeiträge und Verhalten von weiblichen und männlichen
Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag bezüglich Häufigkeit, Thematik und
Geschlechterneutralität*

10.05.2019

Gina-Gabriela Görner
Matrikelnummer: 6436971
Friedensallee 15
22765 Hamburg

gina-gabriela.goerner@uni-hamburg.de

Josef Holnburger
Matrikelnummer: 6524900
Beuthstraße 1
10117 Berlin

josef@holnburger.com

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	i
Tabellenverzeichnis	i
1. Einleitung	1
2. Theoretischer Hintergrund	4
2.1. Workplace-Approach: Politik aus der Perspektive eines Arbeitsplatzes	4
2.2. Legislative Gremien als maskuline Organisation	6
3. Relevanz des Forschungsgegenstandes	7
3.1. Derzeitiger Forschungsstand und relevante Studien	10
3.1.1. Frauen im Parlament	10
3.1.2. Geschlechtsspezifische Unterschiede im Parlament	13
3.1.3. Gender-Fair-Language zur Reduktion von Stereotypen und Diskriminierung	14
4. Übergeordnete Forschungsfrage und Konzeption der Arbeit	17
4.1. Hypothese Genderinklusive Sprache	18
4.2. Hypothese Themen der Reden	19
4.3. Hypothese Unterbrechungen und Rückfragen in den Reden	21
4.4. Redeanteile in Parlamentsdebatten	22
5. Datengrundlage und Methodik	24
5.1. Überblick der erfassten Reden	25
5.2. Quantitative Textanalyse	27
5.2.1. Diktionärbasierte Inhaltsanalyse	28
5.2.2. Automatisierte Erfassung von Themen der Reden	33
5.2.3. Erfassung von Unterbrechungen	36
6. Ergebnisse und Auswertungen	38
6.1. Genderinklusive Sprache	38
6.2. Themen der Reden	42
6.3. Unterbrechungen	46
7. Methodenkritik und Forschungsausblick	50
8. Fazit	53
A. Anhang	57
Literaturverzeichnis	60

Abbildungsverzeichnis

3.1. Überblick der Sprachtypen bezüglich des Ausdrucks von Geschlecht und Geschlechtsasymmetrien	16
5.1. Schematische Darstellung eines LDA Topic Models	34
6.1. Anteil geschlechterinklusive Begriffe und Formulierung pro Rede im Deutschen Bundestag	39
6.2. Labeling am Beispiel der Topics 6, 28 und 76 mittels des <i>highest probability</i> und <i>FREX</i> -Algorithmus	43
6.3. Thematisierungen in den Parlamentsdebatten mit signifikanten Unterschieden zwischen den Geschlechtern	45
6.4. Histogramme zu Länge der Reden und Anzahl an negativen Unterbrechungen pro Rede	47
6.5. Anteil an negativen Unterbrechungen pro Rede im 19. Deutschen Bundestag	48
6.6. Anteil an negativen Unterbrechungen pro Rede im Deutschen Bundestag nach Fraktion	49
A.1. Auszug des Plenarprotokolls 19/96 von 12.04.2016	58
A.2. Thematisierungen in den Parlamentsdebatten nach Geschlecht der Abgeordneten	59

Tabellenverzeichnis

5.1. Anzahl und Anteil der Reden nach Geschlecht der Abgeordneten . . .	25
5.2. Sitz- und Redeanteil von weiblichen MPs nach Fraktionen	26
5.3. Abgeordnete mit den meisten Reden im 19. Deutschen Bundestag. . .	28
5.4. Auszug an genderexklusiven und -inklusive Begriffen nach Aufbereitung der Daten	30
5.5. Auszug genderinklusive Ansprachen nach Aufbereitung der Daten .	32
5.6. Zusammenfassung der Daten des entwickelten Diktionärs	32
6.1. Post-Hoc Bonferroni-Dunn-Test	40
6.2. Die zehn häufigsten genderinklusive Begriffe in den Reden des Bundestages	40
6.3. Die zehn häufigsten genderinklusive Formulierungen in den Reden des Bundestages	41
6.4. Post-Hoc Bonferroni-Dunn-Test Unterbrechungen	49

1. Einleitung

„Gender equality in political representation may be described within both optimistic and pessimistic stories.“ (Celis und Lovenduski 2018, S. 149)

Die machtpolitische Gleichstellung der Geschlechter sowie die politische Ressourcenverteilung in den industrialisierten Demokratien ist in den letzten fünfzig Jahren enorm gewachsen (Coffé und Bolzendahl 2010, S. 318). Es gibt mehr weibliche Parlamentarierinnen (aus dem englischen *Members of Parliament* = MPs) als je zuvor und eine Rekordzahl von Frauen nimmt Führungspositionen in den nationalen Regierungen (Lovenduski 2005; Paxton, Kunovich und Hughes 2007), mit vielen wichtigen Konsequenzen für politische Ergebnisse und Prioritäten ein (Bolzendahl und Brooks 2007; Carroll 2001; Waring, Greenwood und Pintat 2000; Coffé und Bolzendahl 2010, S. 318). Dennoch sind derzeit weltweit weniger als ein Viertel Frauen (24,3 Prozent) in den Parlamenten vertreten (IPU 2019). Repräsentative Institutionen werden trotz eines langen Kampfes um Gleichstellung noch immer von Männern dominiert (Celis und Lovenduski 2018, S. 149; Childs und Lovenduski 2013, 497 f. Dahlerup und Leijenaar 2013; Bjarnegard 2013) und es ist nicht umstritten zu behaupten, dass eine Gleichstellung der Geschlechter nicht erreicht wurde (Celis und Lovenduski 2018, S. 150). Eine parlamentarische Gleichstellung wird hierbei nicht nur über die Anzahl der Sitze in repräsentativen Parlamenten definiert, sondern ergibt sich durch eine Vielzahl an Faktoren. Hierzu zählen unter anderem die sprachliche Einbeziehung aller Geschlechter¹ innerhalb der Parlamentsdebatten, die Verhinderung von frauen-

¹In der Literatur herrscht ein Minimalkonsens darüber, dass es sich bei Geschlecht um eine soziale Konstruktion handelt (Meissner 2008, S. 2). Üblicherweise wird hier zwischen der sozial konstruierten Geschlechtsidentität oder Geschlechtsrolle (englisch *gender*) und dem biologischen Geschlecht (englisch *sex*) unterschieden (ebd., 3f.). Allerdings gibt es Menschen, welche sich keiner konstruierten binären Geschlechtsidentität zuordnen wollen oder können (oft als *genderqueer*, *genderfluid* oder *non-binary* bezeichnet). Auch biologisch ist ein streng binäres Geschlechtermodell nicht haltbar – intersexuelle Menschen weichen hier von einem solchen Modell ab und sind oft von Marginalisierung und Ausgrenzung betroffen (vgl. Richards et al. 2016). Um eine solche Marginalisierung zu vermeiden und auf die Vielzahl an Geschlechtern hinzuweisen, wird in dieser Arbeit eine genderinklusive Schreibweise genutzt. Die Schreibweise mittels des sogenannten *Gendersternchen* (beispielsweise „Polikter*innen“ soll hierbei zugleich Männer und Frauen, als auch alle weiteren Geschlechteridentitäten repräsentieren. Generell wird versucht, auf genderexklusive Begriffe (etwa *Student*) zu verzichten und stattdessen genderinklusive Begriffe zu nutzen („Studierende“). Da

feindlichen Verhaltensmustern sowie eine geschlechterunspezifische Themenwahl. Da die Gleichstellung und Repräsentation von Frauen in Parlamenten anhand der Anzahl an Sitzen im Parlament in einer Vielzahl an Erhebungen bereits untersucht wurde², wird in der hier vorliegenden Arbeit eine umfassendere Untersuchung der Repräsentation von Frauen vorgenommen.

„Gender equal representation is not only about the proportion of men and women legislators or the outcomes of politics“ (Erikson und Josefsson 2018, S. 197)

In Anlehnung an Erikson und Josefsson (ebd.) wird eine geschlechtergerechte Repräsentation in der vorliegenden Arbeit weder ausschließlich daran gemessen, ob eine gleiche Anzahl an Frauen und Männern im Parlament vertreten ist, noch anhand der politischen Ergebnisse. Ausgangspunkt dieser Arbeit für eine *geschlechtergerechte Repräsentation* ist ein mehrdimensionaler Repräsentationsbegriff:

Repräsentation gilt als ein Kernkonzept in der Erforschung und Praxis der Politik und kann in verschiedenen, miteinander vernetzten Dimensionen betrachtet werden. Es kann hierbei zwischen dem, was repräsentiert wird, wie es repräsentiert wird und wer repräsentiert, unterschieden werden (Galligan 2007, S. 557). In den meisten Fällen bieten sowohl die Wähler*innen, Parteien, Wahlen und Gesetzgeber*innen den Hintergrund für eine Diskussion über eine oder mehrere Elemente der jeweiligen Repräsentationsdimension (ebd., S. 557). In der vorliegenden Arbeit werden fünf Repräsentations-Dimensionen definiert und differenziert voneinander betrachtet. Obwohl keine der im Folgenden genannten Dimension gänzlich unabhängig von den anderen Dimensionen analysiert werden kann, werden sie in dieser Arbeit zunächst klar voneinander getrennt um die Komplexität der verschiedenen Dimensionen zu reduzieren. Eine Hierarchisierung der Dimensionen ist kein Bestandteil dieser Analyse. Das Ziel liegt in einer differenzierten Analyse der folgenden fünf Ebenen der

die überwiegende Forschung zur Repräsentation von Geschlechtern in Parlamenten ein binäres Geschlechtermodell anwendet – etwa der Vergleich der Anzahl an Sitzen von Frauen in repräsentativen Parlamenten durch die Inter-Parliamentary Union IPU (2019) – wird auch in dieser Arbeit ein binäres Modell genutzt. Möglichkeiten zur besseren Repräsentation von *genderqueeren* und intersexuellen Menschen in Parlamenten finden sich beispielsweise bei Squires (2008). Eine kritische Auseinandersetzung mit der hier beschriebenen Problematik findet sich bei (Meissner 2008, 6ff.).

²Eine Vergleich der Sitzanteile von Frauen nach Ländern findet sich etwa auf der Seite der Inter-Parliamentary Union unter <https://www.ipu.org/resources/publications/infographics/2019-03/women-in-politics-2019>

Repräsentation von Frauen.

- Ebene A: *Repräsentation von Frauen im Parlament*: Sind Frauen im Parlament vertreten? Wie viele Frauen sind relativ und absolut im Parlament vertreten?
- Ebene B: *Beteiligung von weiblichen MPs an den Parlamentsdebatten*: Nehmen weibliche MPs absolut und relativ (in Bezug auf die Anzahl an Sitzen im Parlament) gleich viel an den Parlamentsdebatten teil wie männliche MPs?
- Ebene C: *Berücksichtigung von Frauen in der Sprache der Parlamentsdebatten*: Werden in den Debatten Frauen ebenso wie Männer sprachlich repräsentiert? Wird Gender-Fair-Language (GFL) genutzt? Wird GFL von weiblichen und männlichen MPs in gleichem Maße genutzt?
- Ebene D: *Vermeidung von geschlechtsbezogenen Stereotypen*: Werden gesellschaftliche geschlechtsbezogene Stereotypen vermieden oder reproduziert? Werden unterschiedliche Themen von weiblichen und männlichen MPs behandelt? Gibt es thematische Unterschiede innerhalb der Reden zu den gleichen Themen zwischen männlichen und weiblichen MPs?
- Ebene E: *Verhinderung von frauenfeindlichen Verhaltensmustern*: Werden in den Parlamentsdebatten frauenfeindliche Verhaltensmuster reproduziert? Werden Frauen häufiger negativ unterbrochen?

Der anfängliche Versuch alle fünf Ebenen mit einem *Repräsentationsbegriff* zu erfassen (A: Repräsentation von Frauen im Parlament, B: Repräsentation von Frauen in Parlamentsdebatten, C: Repräsentation von Frauen *in* Parlamentsdebatten) scheitert an den Ebenen D und E. Bei diesen beiden Ebenen geht es darum eine Reproduktion von Mustern zu vermeiden (D: die Reproduktion von Stereotypen, F: die Reproduktion von frauenfeindlichen Verhaltensmustern).

Der theoretische Hintergrund, die Relevanz des Untersuchungsgegenstandes sowie bisherige Untersuchungen zur Repräsentation von Frauen sollen zunächst detailliert dargestellt werden. Auf Basis dieses Hintergrunds ist eine anschließende Entwicklung von Hypothesen sowie die Konzeption des Forschungsdesigns möglich,

welche eine umfassende Untersuchung der Repräsentation von Frauen im Deutschen Bundestag ermöglicht.

Im Anschluss wird die Forschungsfrage „*Inwiefern unterscheiden sich Redebeiträge und Verhalten von weiblichen und männlichen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag bezüglich Häufigkeit, Thematik und Geschlechterneutralität*“ umfassend untersucht. Da der Deutsche Bundestag bis dato hinsichtlich geschlechtsbezogener Repräsentationsunterschiede weniger bis gar nicht erforscht ist, soll diese Forschungslücke mit dieser Arbeit geschlossen werden.

2. Theoretischer Hintergrund

Nachfolgend wird die Theorie des *Workplace-Approach* von Erikson und Josefsson (2018) und das Konzept der „*culture of masculinity*“ von Lovenduski (2005) sowie Erikson und Josefsson (2018) dargestellt, welche maßgeblich für den Hintergrund und die weitere Argumentation dieser Arbeit sind.

2.1. Workplace-Approach: Politik aus der Perspektive eines Arbeitsplatzes

Die bisherige Forschung zur politischen Repräsentation von Frauen fokussiert primär deskriptiven Themen, wie etwa die Frage danach, wie gesetzgebende Gremien durch Quoten geschlechtergerecht strukturiert werden können (Dahlerup und Freidenvall 2005, vgl. Schwindt-Bayer 2009) oder substantive Themen, welche beispielsweise untersuchen, ob weibliche Gesetzgeberinnen (im Original: *legislators*) einen positiven Einfluss auf genderfreundliche politische Ergebnisse haben (Erikson und Josefsson 2018, S. 199; Beckwith und Cowell-Meyers 2007). Den *inneren Mechanismen* der gesetzgebenden Körperschaften sowie der Frage, „how the political game itself is gendered“ wurde bisher weniger empirische Aufmerksamkeit gewidmet (Erikson und Josefsson 2018, S. 199; vgl. Childs 2016; Dahlerup und Leijenaar 2013; Wängne-

rud 2015).

Ein Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist, dass das legislative Arbeitsumfeld für sich genommen ebenso wichtig ist, wie die Möglichkeiten der weiblichen Gesetzgeberinnen die Ergebnisse zu beeinflussen. Politikerinnen sollten in der Lage sein, ihre Aufgaben als Gesetzgeberinnen auf Augenhöhe mit ihren männlichen Kollegen zu erfüllen (Erikson und Josefsson 2018, S. 199).

Dahlerup (2006, 1988) unterscheidet zwischen zwei verschiedenen Perspektiven der substantiellen Repräsentation von Frauen. Zum einen existiert die politische *Outcome-Perspektive*, welche die wissenschaftliche Literatur zur substantiellen Repräsentation von Frauen tendenziell dominiert. Zum anderen existiert die Perspektive *Politik als Arbeitsplatz*, welche in der vorangegangenen Literatur weniger diskutiert wurde (Dahlerup 2006, S. 513; Erikson und Josefsson 2018, S. 199).

Während sich die Outcome-Perspektive darauf konzentriert, ob weibliche Gesetzgeberinnen den Inhalt politischer Entscheidungen beeinflussen, indem sie diese geschlechtsfreundlicher gestalten oder eine feministische Agenda verfolgen, beschäftigt sich die zweite Perspektive mit den Möglichkeiten, wie weibliche MPs als Repräsentantinnen gleichberechtigt mit ihren männlichen Kollegen auftreten können (Erikson und Josefsson 2018, S. 199; Dahlerup 2006, 1988).

Der in dieser Arbeit verwendete „*workplace approach*“ oder die bereits genannte Arbeitsperspektive (*Politik aus der Perspektive eines Arbeitsplatzes*) zielt in Anlehnung an Erikson und Josefsson (2018) insgesamt darauf ab, die Repräsentation von Frauen aus einer breiteren Perspektive zu betrachten, indem der Fokus von den Ergebnissen auf die geschlechtsspezifischen Bedingungen innerhalb der Legislative verlagert wird. Mit Orientierung an die Arbeiten von Dahlerup (2006, 1988) und Erikson und Josefsson (2018) werden die Arbeitsbedingungen im deutschen Bundestag in der vorliegenden Arbeit als wichtig und wesentlicher Bestandteil der Möglichkeiten eingestuft, wie Frauen die politischen Ergebnisse beeinflussen können. Die sprachliche Einbeziehung von – und das Verhalten gegenüber – Frauen innerhalb der Parlamentsdebatten beeinflussen hierbei ebenso wie geschlechterneutrales Verhalten das Arbeitsumfeld von Politikerinnen im Deutschen Bundestag.

Doch auch wenn sich in den niedergeschriebenen Regeln und den zugrundeliegen-

den Gesetzen des Bundestages keine frauendiskriminierenden Passagen finden sind diese Institutionen bis dato hauptsächlich durch Männer dominiert.

2.2. Legislative Gremien als maskuline Organisation

Das Geschlechterregime der legislativen Gremien wird, ebenso wie andere von Männern dominierten Sektoren, häufig als „*permeated by a culture of masculinity*“ beschrieben (Erikson und Josefsson 2018, S. 200; Lovenduski 2005). In Anlehnung an Acker (1990) zeigt sich dies beispielsweise in der Existenz von formalen Regeln, die von Männern geschaffen wurden und einer männlich dominierten Organisation angepasst sind, sowie in Normen, wie sich ein (männlicher) Politiker präsentieren und verhalten soll (Erikson und Josefsson 2018, S. 200; Acker 1990, S. 48). Frauen werden infolgedessen mit dieser bereits existenten *culture of masculinity* konfrontiert, welche als institutionelle Einschränkung fungieren kann wenn beispielsweise ihre Arbeit dadurch behindert wird (Erikson und Josefsson 2018, S. 200; Lovenduski 2005, S. 47–56). Erikson und Josefsson (2018) verweisen auf sozialpsychologische Erhebungen, wonach Frauen in männerdominierten Bereichen häufiger Diskriminierung ausgesetzt sind, da es an Übereinstimmungen zwischen den männerdominierten beruflichen Normen und den Eigenschaften mit denen Frauen typischerweise assoziiert werden, mangelt (vgl. Burgess und Borgida 1999; Eagly und Karau 2002; Heilman 2001; Heilman et al. 2004).

Frauen riskieren Diskriminierungen, weil sie entweder als weniger kompetent angesehen werden oder weil sie weibliche Attribute verletzen, wenn sie sich den Normen anpassen (Erikson und Josefsson 2018, S. 200). Die Folgen sind neben der Disqualifikation, die Abwertung der Leistungen sowie die ungleiche Behandlung von Frauen bis hin zu Belästigungen (Erikson und Josefsson 2018, S. 200; Heilman 2001; Burgess und Borgida 1999):

„The gendered consequences of masculine norms are often manifested in the first case in the disqualification of women or the devaluation of their performance, whereas they often take the form of a disparate treatment of women in the second,

including harassment“ (Erikson und Josefsson 2018, S. 200)

Informelle Praktiken und Normen innerhalb des Arbeitsumfeldes können als Hindernis für die Schaffung eines geschlechtergerechten Arbeitsumfeldes angesehen werden (ebd., S. 200). Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist die Annahme, dass der 19. Deutsche Bundestag ebenfalls von einer „*culture of masculinity*“ geprägt ist und dies neben weiteren Faktoren die Geschlechtergerechtigkeit des Arbeitsumfeldes zum Nachteil von Frauen beeinflusst.

3. Relevanz des Forschungsgegenstandes

In demokratischen Systemen sind Parlamentarier*innen nicht nur wichtige Akteure als Gesetzgebende, sondern auch als Teilnehmende an der öffentlichen Debatte und als Mitwirkende an der öffentlichen Meinungsbildung (Dahlerup 2018, S. 188). In Anlehnung an Bäck und Debus (2018) gibt es mehrere Gründe, warum die Auswirkungen des Geschlechts auf das Verhalten der legislativen Debatte interessant sind. Ein wichtiger Grund ist die zentrale Rolle der legislativen Debatte in parlamentarischen Demokratien, wonach Gesetze in der Regel von Abgeordneten diskutiert werden, bevor über sie abgestimmt wird (Bäck und Debus 2018, S. 2, 2016; Proksch und Slapin 2015). Die Debatten können in Anlehnung an Proksch und Slapin (2015, S. 1) ebenso als Foren für die öffentliche Kommunikation angesehen werden, welche von den Parteien und ihren Abgeordneten für Wahlzwecke genutzt werden (Bäck und Debus 2018, S. 2). Ausgehend davon, dass die Debatten Auswirkungen auf die Politikgestaltung haben und von Parteien genutzt werden, um sowohl die Medien als auch die Wähler*innen zu informieren und zu beeinflussen, ist es von Relevanz ob Frauen unterrepräsentiert sind (ebd., S. 2). Bäck und Debus argumentieren, dass eine solche Unterrepräsentation im Gesetzgebungsprozess sowie der medialen Berichterstattung zu einem Bias gegen Frauen führen kann und das „gendered speech patterns“ der Legitimität des demokratischen Systems schaden können (ebd., S. 2). Die Relevanz von Geschlechtergleichheit auf politischer Ebene kann nicht (mehr) in Frage gestellt

werden. Dennoch gibt es Uneinigkeit darüber, ob und inwiefern eine Geschlechtergleichheit bereits erreicht wurde und auf welchen Ebenen eine Gleichstellung der Geschlechter bereits abgeschlossen oder nahezu umgesetzt wurde. In Anbetracht der zunehmenden deskriptiven Repräsentation von Frauen im Parlamenten ist es essentiell, eine Analyse nicht ausschließlich auf dieser Ebene der Repräsentation durchzuführen und sich optimistisch mit einer Zunahme an Frauen in den Parlamenten zufrieden zu geben, sondern die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit im Sinne gleicher und gleichwertiger Repräsentation auf allen Ebenen zu fordern und fördern.

„While women have made substantive progress in their representation in politics, they are still well underrepresented in political life in most nations“ (Coffe und Schnellecke 2013, S. 2)

Wenngleich ein politischer Konsens darin besteht, dass Gleichheit und Gerechtigkeit, sowie implizit Geschlechtergleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, eine fundamentale Komponente von Demokratie darstellen, sind nach wie vor weltweit weniger Frauen (24,3%) (IPU 2019) in den Parlamenten vertreten.³

Anne Phillips gilt als eine der wichtigsten Vertreterinnen auf dem Gebiet der parlamentarischen Repräsentativität von Frauen – sie baut in ihrem Werk *The Politics of Presence* (1998) die Annahme auf, dass eine höhere deskriptive Repräsentation durch Sitze im Parlament auch zu einer höheren substantiellen Repräsentation von Frauen führt (Wängnerud 2009, S. 52). Hierfür analysiert Phillips jene Umstände, unter denen Frauen als Kandidatinnen für die Parlamentssitze ausgewählt werden, erfolgreich an Wahlen teilnehmen und Ministerinnen werden (vgl. Blaxill und Beelen 2016, 416f.). Frauen sind im täglichen Leben anderen Erfahrungen ausgesetzt als Männer. Hierbei bezieht sich Phillips (1998) unter anderem auf die Kindererziehung, Bildung, Auswahl an Berufen, Unterscheidung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie auf Gewalterfahrungen und sexuellen Belästigungen. Phillips (ebd.) plädiert aufgrund der unterschiedlichen Lebenserfahrungen für die notwendige Repräsentation von Frauen im Parlament, um andere Frauen vertreten zu können (vgl. Wängnerud 2009, S. 52).

³Ausgenommen sind hierbei derzeit Ruanda: 61,3%, Cuba: 53,2% und Bolivien: 53,1% - Stand April 2019 (IPU 2019).

„There are particular needs, interests, and concerns that arise from women’s experience, and these will be inadequately addressed in a politics that is dominated by men. Equal rights to a vote have not proved strong enough to deal with this problem; there must also be equality among those elected to office“ (Phillips 1998, S. 66)

Hanna F. Pitkin (1972) argumentiert bereits 1967 in ihrem Hauptwerk *The Concept of Representation*, dass der Interessenbegriff in der Repräsentationsdebatte omnipräsent („ubiquitous“) ist (Wängnerud 2000, S. 69). Für Pitkin sind es die Parlamentarierinnen, welche sich den Wünschen und Interessen, dem Wohlergehen sowie den Themen der Frauen widmen und diese vertreten (vgl. Blaxill und Beelen 2016, S. 413; Pitkin 1972). In Anlehnung an Phillips’ Theorie der *politics of presence* (1998) wird angenommen, dass weibliche Politikerinnen die Interessen und Wünsche weiblicher Bürgerinnen besser als männliche Politiker repräsentieren können. Hierbei wird die deskriptive mit der substantiellen Repräsentation verknüpft (Wängnerud 2009, S. 52) – ein höherer Frauenanteil in Parlamenten führt zu einer stärkeren Thematisierung der Belange von Frauen.

Während die Forderungen einer deskriptiven parlamentarischen Geschlechtergleichheit ebenso wie die Forderungen nach substantieller Geschlechtergleichheit bereits ihre Wege in die wissenschaftliche Diskussion und in die Politik gefunden haben, wurde der geschlechtergerechten Sprache sowie dem geschlechtsbezogenen Verhalten in den Parlamenten bisher weniger Aufmerksamkeit gewidmet. Laut Menegatti und Rubini (2017) ist die Sprache allerdings eine der einflussreichsten Faktoren, wodurch Sexismus und Geschlechterdiskriminierung gefördert und reproduziert werden (ebd., S. 1). *Sprache* kann insbesondere die sozialen Asymmetrien von Status und Macht zugunsten des Mannes reproduzieren (ebd., S. 1). Es existier[t]en einvernehmliche Normen, wonach der prototypische Mensch ein Mann ist, was sich in den Strukturen vieler Sprachen widerspiegelt und darin verankert ist. Viele grammatikalische und syntaktische Regeln sind so aufgebaut, dass weibliche Ausdrücke in der Regel von der entsprechenden männlichen Form abgeleitet werden (ebd., S. 1). Männliche Substantive und Pronomen werden hingegen häufig mit einer generischen Funktion verwendet um sich sowohl auf Männer als auch auf Frauen zu beziehen. Auf diese Weise schwinden Frauen aus der mentalen Repräsentationen (Vaughan und Dancho

2018; Stahlberg und Sczesny 2001): Maskuline Generika lassen Leser*innen und Hörer*innen mehr in männlichen als weiblichen Personenkategorien denken (Sczesny, Formanowicz und Moser 2016, S. 2; Stahlberg, Braun et al. 2007).

Neben einer mangelnden deskriptiven Repräsentation in den meisten repräsentativen Institutionen parlamentarischer Demokratien (vgl. IPU 2019) ist ebenso eine mangelnde Repräsentation von Frauen und anderen, marginalisierten Gruppen in Bezug auf viele Sprachen festzustellen. Dies kann sich doppelt negativ auf die substantielle Repräsentation von Frauen in parlamentarischen Demokratien äußern – sie sind weder durch Sprache noch durch Anwesenheit *sichtbar*. Ein solch mangelnder Einfluss auf den legislativen Prozess kann sich wiederum in Gesetzen äußern, welche sich gegen die Interessen von Frauen richten (Bäck und Debus 2018, S. 2).

3.1. Derzeitiger Forschungsstand und relevante Studien

In diesem Kapitel werden relevante theoretische Zugänge in Hinblick auf die Repräsentationsforschung (*deskriptiv vs. substantiell*) zu Frauen im Parlament beleuchtet. Außerdem wird der aktuelle Forschungsstand zu geschlechtsspezifischen Unterschieden im Parlament aufgezeigt und es folgt eine ausführliche Auseinandersetzung mit *Gender-Fair-Language* als Möglichkeit zur Reduktion von Stereotypen und Diskriminierungen.

3.1.1. Frauen im Parlament

In der Forschung zu Frauen im Parlament wird generell zwischen einer deskriptiven, substantiellen und (in einigen Fällen) symbolischen Form der Repräsentation unterschieden. Bei der substantiellen Repräsentation von Frauen handelt es sich um ein bisher weniger wissenschaftlich erforschtes Feld als die Analyse der deskriptiven Repräsentation (Wängnerud 2009, S. 59). Letzteres legt den Schwerpunkt auf die Analyse der Anzahl von Frauen in repräsentativen Institutionen, ersteres untersucht hingegen die Auswirkung der Präsenz von Frauen in Parlamenten (Coffe und Schnellecke 2013, S. 14; Wängnerud 2009, S. 52). Die zentralen Fragen lauten hierbei:

„[W]hether the widely professed aspiration to feminise democracy – and in so doing to politically empower women – is a matter largely of symbolism or substance [...]“ „[...] wheter the priority should simply be to increase the proportion of women MPs in Parliament [...] or as Hanna Pitkin argued in 1967, to represent minds as well as bodies.“ (Blaxill und Beelen 2016, S. 413)

Die Theorie der *politics of presence* (Phillips 1998) diente Wängnerud (2000) als Ausgangspunkt für ihre Forschung im Schwedischen Parlament (*Testing the Politics of Presence, Women's Representation in the Swedish Riksdag*, 2000). Wängnerud prüft hierbei die Hypothese, ob weibliche Politikerinnen die Interessen von Frauen stärker vertreten als männliche Politiker und kommt zu folgendem Ergebnis: „[It is] difficult to repudiate the conclusion that women's interest are primarily represented by female politicians“ (ebd., S. 84). Laut Wängnerud bleibt es jedoch ausstehend welche Auswirkungen zu erwarten sind, wenn die Zahl der Frauen im Parlament steigt (Wängnerud 2009). Die Forschung von Celis, Childs et al. (2008) greift diese Annahme empirisch auf und untersucht, in welchem Ausmaß die Bedürfnisse und Interessen von Frauen gesteigert werden, wenn die Anzahl von Frauen in politischen Entscheidungen zunimmt (vgl. auch Galligan und Meier 2016, S. 4). Ein einfacher Anstieg der Anzahl von Frauen reicht nach Celis, Childs et al. (2008) nicht aus, um einen signifikanten Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess zu erreichen. In Anlehnung an Caul (2001) sei es beispielsweise notwendig, dass weibliche MPs in einflussreichen, wichtigen Positionen vertreten sind, um substantielle Repräsentation zu ermöglichen (Caul 2001; vgl. auch Coffe und Schnellecke 2013, S. 14).

Die *critical mass theory* von Dahlerup (1988) geht davon aus, dass die Interessen von Personengruppen (in diesem Fall Frauen) erst Wahrnehmung finden, wenn diese in einer „kritischen Masse“ im legislativen Prozess beteiligt ist. Erst wenn eine kritische Größe an Frauen in einem Parlament vertreten sind, ist es ihnen möglich, effektiv zusammenzuarbeiten und „frauenfreundliche“ Inhalte im legislativen Prozess zu verhindern (Childs und Krook 2008, S. 725). Die *critical mass theory* wurde in zahlreichen Forschungen zur Repräsentation von Frauen thematisiert – eine umfassende Auseinandersetzung mit der Theory und bisherigen Erkenntnissen findet sich bei Childs und Krook (ebd.).

Auch die Forschung von Bäck und Debus (2018) analysiert die Auswirkungen einer

steigenden Anzahl an Frauen in Parlamenten und kommt zu folgendem Ergebnis:

„The variation found here is, however, not in line with the hypothesis suggesting that increased descriptive representation should lead to a rise in the substantive representation so that the prediction drawn from the critical mass theory is not given support here. Instead, we find that women are more underrepresented in legislative debates when they represent parties with many female MPs.“ (Bäck und Debus 2018, S. 17)

Bäck und Debus (ebd.) untersuchen hierfür länderübergreifend sieben europäische Länder bezüglich der Themen und Redeanteile weiblicher MPs und resümieren, dass Frauen in Parlamenten seltener das Wort ergreifen. Dieses Ergebnis ist nicht auf einen generell niedrigeren Anteil an Frauen in den Parlamenten zurückzuführen, so Bäck und Debus (ebd.). Weibliche MPs in Parteien mit einem geringen Frauenanteil ergreifen in dieser Untersuchung sogar häufiger das Wort als weibliche MPs in Fraktionen mit einem hohen Anteil an weiblichen Mitgliedern (ebd., S. 17). Die *critical mass theory* konnte somit in der Arbeit von Bäck und Debus (ebd.) nicht nachgewiesen und sogar ein gegenteiliger Effekt beobachtet werden. Allerdings betonen die Autor*innen in ihrer Untersuchung ebenfalls, dass sich dieser Effekt bei den untersuchten Parteien und Parlamenten erheblich unterscheidet (ebd., S. 17). Eine Beleuchtung der Hintergründe eines solchen „backlash effect“ – Frauen sprechen seltener in Parlamenten bei einer größeren Präsenz von Frauen im Parlament – und eine Kritik an der *critical mass theory* findet sich zusammenfassend bei Bäck und Debus (ebd., S. 4) und tiefgreifender bei Childs und Krook (2008).

Aus den Untersuchungen von Kathlene (1994) zu US-Staatsgesetzen und Bäck, Debus und Müller (2014) zum schwedischen Riksdag geht hervor, dass Frauen in Debatten insgesamt seltener sprechen, während die Fallstudien von Broughton und Palmieri (1999), Murray (2010) und Wang (2014) dies nicht beobachten konnten. In Anlehnung an Bäck und Debus (2018) kann davon ausgegangen werden, dass es eine länderübergreifende Variation der Rolle des Geschlechts in Debatten gibt (ebd., S. 2). Eine gesonderte Untersuchung der Rolle des Geschlechts in den Debatten des Deutschen Bundestags erscheint auch aus dieser Perspektive notwendig.

In einer vorangegangenen Studie von Bäck, Debus und Müller (2014) konnte außerdem festgestellt werden, dass geschlechterbezogene Unterschiede bei den gewählten

Themen der Reden festzustellen sind (Bäck, Debus und Müller 2014, 514f.). Bäck, Debus und Müller (ebd.) konnten in ihrer Untersuchung des schwedischen Parlaments nachweisen, dass männliche MPs häufiger zu sogenannten *hard policies* (etwa Wirtschaft, Energie, Infrastruktur) sprechen. Bei denen als *soft policies* bezeichneten Themen (Erziehung, Soziale Sicherung, Bildung) war hingegen kein Unterschied bezüglich des Redeanteils nach Geschlecht der Abgeordneten festzustellen (ebd., 514f.). Eine umfassende Untersuchung von Geschlechterunterschieden in Bezug auf Sprache, Thematik und Verhalten der Parlamentsmitglieder des Deutschen Bundestages ist hingegen bis zu diesem Zeitpunkt noch ausstehend, wenngleich erforderlich:

„Our research clearly suggest that gender plays a role in parliamentary speech-making and the selection of the MPs who take the parliamentary floor, which calls for further comparative research on the role of gender in legislative debates in different institutional contexts and with varying degrees of descriptive representation“ (Bäck, Debus und Müller 2014, S. 515)

3.1.2. Geschlechtsspezifische Unterschiede im Parlament

In Bezug auf die Interaktion zwischen Gesetzgeber*innen konnten frühere Untersuchungen zeigen, dass Frauen und Männer innerhalb der gesetzgebenden Gremien nicht nur unterschiedliche Politik betreiben, sondern außerdem unterschiedlich behandelt werden (Erikson und Josefsson 2018, S. 201; Childs 2004). Zudem gibt es Hinweise darauf, dass männliche MPs bei einem zunehmenden Frauenanteil im Parlament, unhöflich und respektlos gegenüber weiblichen Gesetzgeberinnen sein können (Erikson und Josefsson 2018, S. 201; Kathlene 1994) und dass weibliche Gesetzgeberinnen offener Diskriminierungen und sexueller Belästigung ausgesetzt sind (Erikson und Josefsson 2018, S. 201; Lovenduski 2005, S. 76; Lovenduski und Randall 2004).

Die Untersuchungen von Erikson und Josefsson (2018) liefern neue Erkenntnisse über die Existenz von anhaltenden geschlechtsspezifischen Mustern im schwedischen Parlament. Wenngleich das schwedische Parlament im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter formal und deskriptiv vielen anderen Ländern voraus ist, lassen die Ergebnisse dennoch auf Elemente einer *maskulinen Kultur* schließen (ebd., S. 211):

„Although changing formal rules may end officially sanctioned gender discrimination, more than two decades of nearly gender-equal descriptive representation have not been enough to change informal norms and practices and overcome all institutionalized forms of male bias“ (Erikson und Josefsson 2018, S. 211)

Dies ist unabhängig davon, dass es sich beim schwedischen Parlament formal um einen geschlechtergerechten Arbeitsplatz handelt und sich die Regeln und Vorschriften für weibliche und männliche MPs nicht unterscheiden (ebd., S. 211). In Anlehnung an Erikson und Josefsson stellt sich hierbei die Frage, aus welchem Grund weibliche MPs mehr Druck, Angst und negative Behandlungen erfahren. Es wird vermutet, dass informelle Aspekte des Arbeitsumfelds im Parlament in einer Weise geschlechtsspezifisch sind, die weibliche MPs trotz ihrer formalen und deskriptiven Geschlechtergleichstellung weiterhin benachteiligen (ebd., S. 210).

Erikson und Josefsson verweisen auf die Notwendigkeit einer Gleichstellungsarbeit im Parlament, welche nicht ausschließlich die formalen Aspekte der Arbeitsbedingungen berücksichtigen, sondern ebenso das Bewusstsein der MPs für die Notwendigkeit der Transformation etablierter Normen und Praktiken schärfen (ebd., S. 211). Mit der vorliegenden Arbeit wird teilweise auf die Forderung von Erikson und Josefsson eingegangen, die von Ihnen festgestellten Ergebnisse mit den empirischen Studien anderer legislativen Körperschaften und unterschiedlichen formalen Bedingungen (in diesem Fall der 19. Deutsche Bundestag) zu vergleichen um jene Mechanismen zu identifizieren, welche geschlechtsspezifische Arbeitsbedingungen für die Gesetzgeber*innen fördern oder behindern (ebd., S. 211). Letzteres kann in dieser Arbeit allerdings nicht geleistet werden und bedarf weiterer Forschung.

3.1.3. Gender-Fair-Language zur Reduktion von Stereotypen und Diskriminierung

„Given that language not only reflects stereotypical beliefs but also affects recipients' cognition and behavior, the use of expressions consistent with gender stereotypes contributes to transmit and reinforce such belief system and can produce actual discrimination against women“ (Menegatti und Rubini 2017, S. 2)

Es bereits angedeutet, dass es sich bei *Sprache* um einen der einflussreichsten Fak-

toren handelt, wodurch Sexismus und Geschlechterdiskriminierung gefördert und reproduziert werden (2017, S. 1). Durch diese können insbesondere soziale Asymmetrien von Status und Macht zugunsten des Mannes reproduziert werden (ebd.). Maskuline Generika werden geschlechtsspezifisch in Bezug auf männliche Personen genutzt sowie generell in Bezug auf Gruppen mit gemischten Geschlechtern und in Bezug auf Personen oder Gruppen deren Geschlecht ungewiss oder irrelevant ist, mit folgendem Ergebnis: „In this way they equate maleness and humanness“ (Stahlberg, Braun et al. 2007, S. 169). Durch maskuline Generika verschwinden Frauen aus der mentalen Repräsentationen (Vaughan und Dancho 2018; Stahlberg und Sczesny 2001). In der feministischen Linguistik wird generell angenommen, dass maskuline Bezeichnungen weibliche Personen weniger vorstellbar und sichtbar machen (Stahlberg und Sczesny 2001, S. 131). Zudem lassen maskuline Generika die Leser*innen und Hörer*innen mehr in männlichen als weiblichen Personenkategorien denken (Sczesny, Formanowicz und Moser 2016, S. 2; Stahlberg, Braun et al. 2007). In Anlehnung an Stahlberg, Braun et al. (2007) wird in der feministischen Sprachkritik davon ausgegangen, dass die maskulinen Generika aus einem grundlegenden Androzentrismus entspringen („*the Male-as-Norm-view*“), diesen aufrechterhalten und Frauen unsichtbar machen (Stahlberg, Braun et al. 2007, S. 170; Miller und Swift 1976; Silveira 1980).

Beispielhaft sei hier die Studie von Vervecken, Hannover und Wolter (2013) genannt, welche die beruflichen Interessen von belgischen und deutschen Schülerinnen und Schülern und ihre Wahrnehmung der unterschiedlichen beruflichen Erfolge von Frauen und Männern bei stereotypen Männerberufen untersuchten. Wurden bei Beschreibung der Berufe feminine und maskuline Wortpaare genutzt (z. B. Ingenieurinnen und Ingenieure oder weibliche und männliche Ingenieure), förderte dies eine ausgewogenere Wahrnehmung des Erfolgs von Männern und Frauen und stärkte das Interesse der Mädchen an sogenannten *stereotypischen Männerberufen* (ebd.). Ähnliche Ergebnisse finden sich auch in der Studie von Gaucher, Friesen und Kay (2011) – wurden in Stellenanzeigen mehr männliche als weibliche Formulierungen genutzt, fanden vor allem weibliche Studienteilnehmende diese Jobs weniger attraktiv und fühlten sich weniger angesprochen (ebd., S. 11).

In Anlehnung an Sczesny, Formanowicz und Moser (2016) können verschiedene

3. Relevanz des Forschungsgegenstandes

Language type	Characteristics	Visibility of gender and gender asymmetries	Preferred strategies for gender-fair language
(1) Genderless (e.g., Finnish, Turkish)	<ul style="list-style-type: none"> Neither personal nouns nor pronouns differentiated for gender (e.g., Turkish <i>öğrenci</i> 'student,' o 'she/he') Gender expressed only lexically via attributes (e.g., 'male/female [student]') or lexical gender nouns (e.g., 'woman,' 'father') 	<ul style="list-style-type: none"> Referential gender often not explicit (Lexical) gender asymmetries exist, but are less frequent than in (2) and (3) <p>Examples: Turkish <i>adam</i> 'man' and 'human being' Finnish job titles ending in <i>-mies</i> '-man,' <i>lakimies</i> 'lawyer,' <i>lehtimies</i> 'journalist'</p>	GFL policies generally deemed unnecessary
(2) Natural gender (e.g., English, Swedish)	<ul style="list-style-type: none"> Most personal nouns gender-neutral (e.g., <i>neighbor, student</i>) Personal pronouns differentiated for gender (e.g., Swedish <i>hon/han</i> 'she/he') 	<ul style="list-style-type: none"> Referential gender more often explicit than in (1), but less often than in (3) Lexical and pronominal asymmetries exist, but are less frequent than in (3) <p>Examples: English <i>chairman</i>, <i>the typical student ... he</i></p>	Neutralization
(3) Grammatical gender (e.g., French, German)	<ul style="list-style-type: none"> Every noun has grammatical gender Gender of personal nouns tends to match gender of referent (e.g., German <i>Student_{masc}/Studentin_{fem}</i> 'male/female student') Personal pronouns differentiated for gender (e.g., German <i>sie/er</i> 'she/he') Pronouns and other grammatically dependent words signal gender of personal noun (e.g., German <i>der_{masc} Student_{masc}</i> 'the (male) student' <i>eine_{fem} kluge_{fem} Studentin_{fem}</i> 'a clever (female) student') 	<ul style="list-style-type: none"> Referential gender often explicit All kinds of asymmetries exist and are more frequent than in (1) and (2) <p>Examples: French <i>homme</i> 'man' and 'human being' German <i>der_{masc} typische Student_{masc} ... er</i> 'the typical student (masc) ... he' German <i>alle Wähler_{masc}</i> 'all voters'</p>	Feminization + Neutralization

Abbildung 3.1.: Überblick der Sprachtypen bezüglich des Ausdrucks von Geschlecht und Geschlechtsasymmetrien. Aus „Can Gender-Fair Language Reduce Gender Stereotyping and Discrimination?“ (Sczesny, Formanowicz und Moser 2016)

Strategien verwendet werden, um eine sprachliche Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen und negative Auswirkungen von männlichen Generika zu vermeiden: *Neutralisierung*, *Feminisierung* und die *Kombination der beiden* (vgl. Abb. 3.1). Die geeignete Strategie ist hierbei abhängig von der betreffenden Sprache (grammatikalische Geschlechtssprache, natürliche Geschlechtssprache, oder geschlechtslose Sprache (vgl. Bußmann und Hellinger 2003; Sczesny, Formanowicz und Moser 2016, S. 3).

Aufgrund der oben genannten Benachteiligungen für Frauen ist es notwendig, die Sprachgewohnheit dahingehend zu ändern, GFL umfassend zu etablieren, um Vorurteile bezüglich der Geschlechter zu reduzieren und gleichzeitig eine Reproduktion von Stereotypen zu vermeiden. Die Verwendung von geschlechtergerechten Ausdrücken anstelle von maskulinen Generika ist für den Abbau von Geschlechtervorgeeingenommenheit und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter laut Menegatti und Rubini unabdingbar (2017).

Die Umsetzung und Etablierung der GFL hat in verschiedenen Ländern bisher unterschiedliche Stadien erreicht und wird beispielsweise von der UNESCO und der

Europäischen Kommission empfohlen und in deren Dokumenten angewandt (Sczesny, Formanowicz und Moser 2016, S. 4).

„[...] language does not merely reflect the way we think: it also shapes our thinking. If words and expressions that imply that women are inferior to men are constantly used, that assumption of inferiority tends to become part of our mindset; hence the need to adjust our language when our ideas evolve.“ (UNESCO 2011)

Koeser und Sczesny (2014) verweisen auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den Argumenten für die Nutzung von GFL, um den Gebrauch zu fördern:

„The present study is the first one that investigated persuasion by arguments concerning gender-fair language. It indicates that arguments can be an effective tool for making speakers use gender-fair language.“ (Koeser und Sczesny 2014, S. 556)

Koeser und Sczesny (ebd.) untersuchten, inwiefern Personen ermutigt werden können, eine geschlechtergerechte Sprache zu verwenden und zu akzeptieren. Die Ergebnisse zeigen, dass Personen ihr Sprachverhalten zu einem geschlechtergerechten Gebrauch hin änderten, wenn mit entsprechenden Argumenten für die Nutzung geschlechtergerechter Sprache konfrontiert werden. Die Studie bestätigt, dass Argumente zur Förderung einer geschlechtergerechten Sprache motivieren können, geschlechtergerechte Formulierungen zu verwenden (ebd., S. 548). Auffällig war hierbei, dass Frauen ihren Sprachgebrauch eher in Bezug auf geschlechtergerechte Sprache ändern als Männer (ebd., S. 555).

4. Übergeordnete Forschungsfrage und Konzeption der Arbeit

Während sich, wie eingangs beschrieben, eine Vielzahl der wissenschaftlichen Forschung mit der Repräsentation von Frauen in Parlamenten aus einer deskriptiven und substantiellen Perspektive auseinandersetzt, fokussiert die vorliegende Forschungs-

arbeit die geschlechtsspezifischen Repräsentationsunterschiede bezüglich der Parlamentsdebatten auf fünf Ebenen (siehe Kapitel 1).

- Ebene A: Repräsentation von Frauen im Parlament
- Ebene B: Beteiligung von weiblichen MPs an den Parlamentsdebatten
- Ebene C: Berücksichtigung von Frauen in der Sprache der Parlamentsdebatten
- Ebene D: Vermeidung von geschlechtsbezogenen Stereotypen
- Ebene E: Verhinderung von frauenfeindlichen Verhaltensmustern

Neben dem Anteil an Reden von Frauen im Deutschen Bundestag werden die Reden des Deutschen Bundestages inhaltlich analysiert und das Verhalten der Abgeordneten in Bezug auf geschlechtsspezifische Besonderheiten untersucht. Die zentrale Forschungsfrage lautet: *„Inwiefern unterscheiden sich die Redebeiträge und das Verhalten von weiblichen und männlichen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag bezüglich Häufigkeit, Thematik und Geschlechterneutralität“*.

4.1. Hypothese Genderinklusive Sprache

Es konnte bereits aufgezeigt werden, dass die Nutzung von GFL die Benachteiligungen von Frauen systematisch senken kann. Mit Hilfe von GFL können Vorurteile bezüglich der Geschlechter reduziert und gleichzeitig eine Reproduktion von Stereotypen vermieden werden. Wängnerud geht davon aus, dass weibliche Politikerinnen, in größerem Umfang als ihre männlichen Kollegen, die Interessen von Frauen vertreten (Wängnerud 2000, 69f.). Sie fasst das Interesse in drei Anliegen zusammen: Die Anerkennung von Frauen als eine soziale Kategorie; die Anerkennung des ungleichen Machtgleichgewichts zwischen den Geschlechtern; und die Umsetzung von Regelungen, welche darauf abzielen, die Autonomie und Sichtbarkeit von Frauen in der Gesellschaft zu erhöhen und verbessern (ebd., 69f.). Die Ergebnissen von Koeser und Sczesny (2014) konnten bereits aufzeigen, dass Frauen eher geschlechterinklusive Sprache verwenden. Für den 19. Deutschen Bundestag wird ebenfalls erwartet,

dass sich dieses Ergebnis auch in den Reden der Abgeordneten wiederfindet (vgl. auch Kapitel 3.1.3).

„Surprisingly, women changed their language use more in the direction of gender-fair language than men.“ (Koeser und Sczesny 2014, S. 555)

Ausgehend von diesem Ergebnis sowie den vorherigen Annahmen, stellen wir die folgende Hypothese auf:

Hypothese 1: *Weibliche MPs verwenden in ihren Reden häufiger GFL als männliche MPs*

Hierbei wird überprüft, ob weibliche Abgeordnete häufiger genderinklusive Begriffe (beispielsweise „Studierende“) oder genderinklusive Formulierungen (etwa „Bürgerinnen und Bürger“) nutzen. Es wird nicht untersucht, ob Männer oder Frauen häufiger genderexklusive Sprache verwenden (beispielsweise nur den Begriff „Bürger“) da die hier aufgeführte Forschung dies nicht suggeriert.

4.2. Hypothese Themen der Reden

„Legislatures thus remain strongly gendered institutions, with a marked division of labor between men and women politicians that becomes especially visible in the realm of social policy “ (Ennser-Jedenastik 2017, S. 250)“

In den Jahren 1985, 1988 und 1994 wurden Umfragen mit schwedischen MPs durchgeführt, anhand derer Wängnerud (2000, S. 81) feststellen konnte, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Politiker*innen und dem Ausmaß, in dem sie sozialpolitische Fragen verfolgen, gibt (Bäck, Debus und Müller 2014, S. 506; Wängnerud 2000, S. 82). Weibliche MPs sprechen in ihrem Wahlkampf vermehrt zu Themen wie Sozialpolitik, Familienpolitik, Seniorenpflege sowie dem Gesundheitswesens. Außerdem wurde von weiblichen MPs betont, dass Wohlfahrtsfragen in ihren eigenen Interessengebieten liegen. Laut Wängnerud (2000, S. 82) waren Politikerinnen immer die Gruppe, welche sozialpolitische Themen in ihrer parlamentarischen Arbeit am stärksten verfolgt haben (vgl. Bäck, Debus und Müller 2014, S. 507). Auch Bäck, Debus und Müller (ebd.) konnte bei einer Untersuchung des schwedischen Parlaments nachweisen, dass Geschlechterunterschiede bezüglich der Themen

der Reden festzustellen sind. Männer sprechen laut Bäck, Debus und Müller (2014) im schwedischen *Riksdag* häufiger zu *hard policies* (Wirtschaft, Energie, Infrastruktur). Bei *soft policies* (Erziehung, Soziale Sicherung, Bildung) ist hingegen kein Unterschied bezüglich des Redeanteils und dem Geschlecht der Abgeordneten festzustellen (ebd., 514f.). Eine Analyse der Reden bezüglich möglicher Themenunterschiede zwischen den Geschlechtern, auf Basis der bisherigen Befunde im schwedischen Parlament (Wängnerud 2000, 2009; Bäck, Debus und Müller 2014), ist für den 19. Deutschen Bundestag bisher noch ausstehend. Daher wird im Folgenden untersucht, ob eine geschlechtsspezifische, unterschiedliche Thematisierung, ähnlich der Untersuchung in Schweden, in den Reden feststellbar ist:

Hypothese 2: *Es sind unterschiedliche Thematisierungen in den Reden der weiblichen und männlichen MPs feststellbar*

Die Ursache einer solch unterschiedlichen Themenwahl wird bei Bäck, Debus und Müller (2014) aufgezeigt. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Ursachen der möglichen Themenunterschiede kann in der vorliegen Arbeit nicht geleistet werden. Mögliche Gründe für Themenunterschiede können (a) Entscheidungen der MPs aufgrund ihrer persönlichen Interessen, (b) Stereotype und/oder Normen in der Gesellschaft und/oder innerhalb der Parteien oder (c) Strategien, Hierarchien oder bestimmte Netzwerke innerhalb der Parteien sein (ebd., S. 507). Ennser-Jedenastik (2017, S. 250) betont bezugnehmend auf Baekgaard und Kjaer (2012) und Thomas (1994) dass es sich bei der Wahl von sozialpolitischen Themen seitens der weiblichen MPs um die Selbstauswahl und nicht die offene Diskriminierung dieses Musters handelt (Ennser-Jedenastik 2017, S. 250). Herrnson, Lay und Stokes (2003) berichtet, dass weibliche Kandidatinnen, die stereotypische weibliche Themen betonen und in ihren Kampagnen Frauengruppen ansprachen, durch diese Strategie einen Wahlvorteil erhielten (Ennser-Jedenastik 2017, S. 250). Auch Celis und Lovenduski (2018) nehmen Bezug auf die unterschiedliche Themenwahl von männlichen und weiblichen MPs und begründen diese auf potentielle Erfolgsaussichten:

„Women’s issues and interests can be represented with greater success when they fit the dominant views and discourses about the type of issues and interests that representatives should be concerned with. However, these have a gendered and

elitist bias, and strategically framing decisions [...] to fit with these dominant conceptions, by definition, distorts the selection of the types of issues and interests that will be represented.“ (Celis und Lovenduski 2018, S. 151)

Celis und Lovenduski (ebd.) gehen in Ihrer Argumentation soweit, dass Themen und Interessen, die im Widerspruch zu einer dominanten Auffassungen stehen, strategisch und/oder unbewusst durch Themen ersetzt werden, die akzeptabler sind und eine bessere Chance auf Unterstützung haben (Celis und Lovenduski 2018, S. 151; Swers 2002). Auf diese Weise wird die Themenwahl verzerrt und eine feministische Agenda abgeschwächt (Celis und Lovenduski 2018, S. 151). Die bereits in Kapitel 3.1.2 beschriebene „male-dominated nature of the political agenda“ (ebd., S. 151) behindert die Inklusion von Frauen und fördert die Stereotypisierungen von Themen, so Celis und Lovenduski (ebd.). Diese Förderung von Stereotypen sowie eine Behinderung der Inklusion von Frauen gilt es zu vermeiden. Hierfür ist eine Analyse von möglichen Themenunterschiede zwischen den Geschlechtern in Form der *Hypothese 2* essentiell.

4.3. Hypothese Unterbrechungen und Rückfragen in den Reden

Eine von Erikson und Josefsson (2018) durchgeführte Befragung zum Arbeitsumfeld von schwedischen Abgeordneten konnte zeigen, dass weibliche MPs mehr Stress und Druck in ihrem Umfeld ausgesetzt sind und häufiger Opfer negativer Behandlungen im Parlament sind als männliche Abgeordnete. Sie werden eher in den Debatten unterbrochen, sind eher Opfer sexistischer Witze und ihre Äußerlichkeiten wird häufiger negativ kommentiert als die Erscheinung männlicher Kollegen (ebd., S. 209).

Diese Mehrbelastung kann laut Erikson und Josefsson (ebd.) zu höheren „Kosten“ für Frauen bezüglich des parlamentarischen Engagements führen – sie müssen mit mehr negativen Erfahrungen rechnen als Männer. Entsprechend könnte dies auch ein Grund für eine geringere Beteiligung von Frauen in Parlamentsdebatten oder generell für die Partizipation von Frauen in politischen Institution darstellen (vgl. Erikson und Josefsson 2018; vgl. Bäck, Debus und Müller 2014).

Es wird erwartet, dass ein solches negatives Verhalten gegenüber Frauen auch im Deutschen Bundestag zu beobachten ist. Entsprechend wird untersucht, wie häufig weibliche und männliche MPs in ihren Reden *negativ* unterbrochen werden. Hierfür werden Reden bezüglich der Anzahl an Zurufen, Gegenrufen, Widerspruch und Lachen über den*die Redner*in untersucht.

Hypothese 3: *Frauen werden häufiger als Männer während einer Rede negativ unterbrochen*

Eine weitere Unterbrechung der Redner*innen können Rückfragen darstellen - allerdings ist hier eine eindeutige negative Intention nicht anzunehmen. Auf Basis der Arbeiten von Brescoll (2011) und Eagly und Karau (2002) wäre zu erwarten, dass weiblichen MPs bei Themen, welche stereotypisch tendenziell nicht mit Frauen verbunden werden, häufiger Inkompetenz unterstellt wird. Eine Untersuchung dieser Annahme⁴ bleibt allerdings in der vorliegenden Arbeit ausgespart, da sie den Rahmen dieser Erhebung übersteigen würde.

4.4. Redeanteile in Parlamentsdebatten

Der 19. Deutsche Bundestag war bisher noch nicht Gegenstand einer Untersuchungen der unterschiedlichen Repräsentation von Frauen und Männern in Parlamentsdebatten. Im folgenden wird daher die Anzahl an Reden von weiblichen MPs (nach Fraktion) ermittelt. Bäck, Debus und Müller (2014) konnten zeigen, dass weibliche MPs im schwedischen *Riksdag* deutlich weniger Reden halten als ihre männlichen Kollegen. Inwieweit dieses Ergebnis auf den Deutschen Bundestag übertragbar ist, wird an dieser Stelle geprüft. Wieso die Anzahl an Reden relevant ist, verdeutlichen beispielsweise Bäck, Debus und Müller (ebd.):

„taking a lot of time on the floor can in some sense be compared with reaching an important post—in important debates, parties are likely to control the floor agenda“ (Bäck, Debus und Müller 2014, S. 507)

Es kann die Behauptung aufgestellt werden, dass es für die jeweilige Partei von

⁴Beispielsweise durch die Untersuchung der Rückfragen in Verbindung mit der in dieser Arbeit erhobenen Themen, welche hauptsächlich durch männliche Abgeordnete behandelt wurden.

Bedeutung ist, welche Person wie viel Redezeit nutzt (vgl. Proksch und Slapin 2012). Es bleibt zu klären, wonach entschieden wird, welche Personen zu welchem Zeitpunkt wie lange reden. Früheren Studien zufolge wird angenommen, dass persönliche Charaktereigenschaften der MPs einen Einfluss auf die Redezeit haben (Bäck, Debus und Müller 2014, S. 505). Eine umfassende Analyse des persönlichen Einflusses auf das legislative Verhalten wird an dieser Stelle jedoch nicht geleistet (mehr hierzu bei Saalfeld (2011)). Innerparteiliche Marginalisierungen könnten in Anlehnung an Bäck, Debus und Müller (2014, S. 507) beispielsweise einen möglichen Grund für weniger weibliche MPs in den Debatten darstellen. Als weiteren Grund wird in der Literatur die Stereotypisierung von Frauen als weniger kompetente Vertreterin angeführt oder die in Kapitel 3.1.2 beschriebene *culture of masculinity* (Bäck, Debus und Müller 2014, S. 507; Lovenduski 2005).

Der von Bäck, Debus und Müller (2014) untersuchte schwedische *Riksdag* unterscheidet sich allerdings hinsichtlich der parlamentarischen Gepflogenheiten vom Deutschen Bundestag und kann daher nicht direkt verglichen werden. Die Redeordnung und Redezeit wird im Bundestag über die Geschäftsordnung und den Ältestenrat festgelegt (Linn und Sobolewski 2018, 64f.). Üblicherweise wird das Modell der „Berliner Stunde“ angewandt – die Redezeit bemisst sich hierbei über die Stärke der Fraktionen (vgl. Schreiner 2005). Allerdings wurde im Ältestenrat des 19. Deutschen Bundestages hierzu noch keine Einigung gefunden (Linn und Sobolewski 2018, S. 64), weshalb die Redezeit bis dato auf die in der Geschäftsordnung vorgesehenen 15 Minuten begrenzt werden. Bei längeren Reden von Sprecher*innen der Regierung verlängern sich auch die Reden der Oppositionsfraktionen. Generell können die Fraktionen eine längere Redezeit von bis zu 45 Minuten beantragen (Bundestag 2019). In der „aktuellen Stunde“ des Bundestages sind die Redebeiträge der Abgeordneten auf maximal fünf Minuten begrenzt (Linn und Sobolewski 2018, S. 68; Bundestag 2019).

Bedingt durch die Festlegung der Redezeit durch die Geschäftsordnung und den Ältestenrat sowie eine fehlende Protokollierung der Länge der Reden durch den Stenografischen Dienst des Bundestages ist ein Vergleich der Redezeiten von weiblichen und männlichen MPs weder sinnvoll, noch möglich. Im Rahmen der weiteren Untersuchung wird zur Bestimmung der Länge der Reden alternativ auf die Anzahl der

Wörter in einer Rede zurückgegriffen. Bäck und Debus (2018) konnte in dem Ländervergleich keine Korrelation zwischen der Anzahl an Frauen in den Fraktionen und der Anzahl an Reden in den Parlamenten feststellen. Dennoch soll in dieser Arbeit ein Überblick über die Anzahl der Reden von Frauen im Vergleich zu dem Sitzanteil in der Fraktion aufgenommen werden. Diese Erkenntnis dient hierbei primär deskriptivem als deduktivem Erkenntnisgewinn, weshalb für diese Untersuchung keine Hypothesen gebildet werden. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können die bisherigen Ergebnisse von Bäck und Debus (ebd.) somit ergänzen.

5. Datengrundlage und Methodik

Seit der 19. Wahlperiode liegen die Protokolle des Deutschen Bundestags als XML-Dateien (Extensible Markup Language) vor und die Struktur der abgelegten Protokolle sind umfassend dokumentiert (Bundestag 2015). Sie können über das *Open Data Portal* des Deutschen Bundestags abgerufen werden.⁵ In Verbindung mit den dort abgelegten biografischen Daten aller Bundestagsabgeordneten können Aussagen über die Anzahl und den Inhalt der Reden nach Geschlecht, Alter und Fraktion getroffen werden.

Die Bundestagsprotokolle werden durch den Stenografischen Dienst des Deutschen Bundestages verfasst – die Stenograf*innen erfassen in den Protokollen neben den Inhalten der Reden auch Zwischenrufe, Beifallsbekundungen, Lachen⁶ und weitere Unterbrechungen. Dies ermöglicht eine umfassende Auswertung nach Art der Unterbrechung, da sowohl eine Unterscheidung zwischen positiv intendierten Unterbrechungen (Beifall, Heiterkeit) und (zumeist) negativ intendierten Unterbrechungen (Zwischenrufe, Lachen), als auch die Anzahl an Rückfragen an den*die Redner*in feststellbar ist.

Zur Auswertung und Operationalisierung dienen unterschiedliche Methoden der

⁵<https://www.bundestag.de/service/opendata>

⁶Lachen kann in den Bundestagsprotokollen eher als „auslachen“ oder „lachen über den Inhalt“ verstanden werden - das Lachen beispielsweise über einen Witz wird in Bundestagsprotokollen als „Heiterkeit“ protokolliert.

quantitativen Textanalyse – die genutzten Methoden sollen in den nachfolgenden Kapiteln kurz erläutert und das Vorgehen dargestellt werden. Die Daten werden für die quantitative Analyse mittels der Programmiersprache R (R Core Team 2018) und der *tidyverse*-Paketsammlung (Wickham 2017) aufbereitet und ausgewertet. Des weiteren werden die Pakete *xml2* (Wickham, Hester und Ooms 2018), *rvest* (Wickham 2016), *furrr* (Vaughan und Dancho 2018), *PMCMRplus* (pohlert_2018), *apa* (gromer_2019), *knitr* (Xie 2014) und *kableExtra* (Zhu 2019) genutzt. Alle dieser Arbeit zugrunde liegenden Daten und die zur Auswertung und Aufbereitung entwickelten Skripte sind öffentlich zugänglich und können zur Reproduktion und Überprüfung der Ergebnisse als auch weitergehende Untersuchungen genutzt werden.⁷

5.1. Überblick der erfassten Reden

Bis zum 12. April 2019 wurden 9.469 Reden im 19. Deutschen Bundestag gehalten – diese beinhalten auch Reden von Gästen und Regierungsmitgliedern. Allerdings stellt das *Open Data Portal* des Bundestages umfassende (biografische) Daten (beispielsweise Geburtsjahr, Geschlecht, Wahlkreis, Ausschussmitgliedschaften) nur für Abgeordnete bereit. Da nachfolgend die Debatten im Parlament ausgewertet werden und die Reden von Regierungsmitgliedern und Gästen eher einen berichtenden Charakter besitzen, sollen nachfolgend nur die Redebeiträge von Abgeordneten (8.294 Reden) untersucht werden.

Der Anteil an Reden von weiblichen MPs entspricht mit 31,0% (vgl. Tabelle 5.1) annähernd dem Frauenanteil im Bundestag von 31,8% (222 Frauen)⁸.

Tabelle 5.1.: Anzahl und Anteil der Reden nach Geschlecht der Abgeordneten

Geschlecht	Reden	Anteil
männlich	5.719	69,0%
weiblich	2.575	31,0%

⁷Die Daten können über die Plattform *Github* eingesehen und heruntergeladen werden: https://github.com/holnburger/geschlechterunterschiede_bundestag

⁸siehe https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner-529508

Der Anteil der Sitze und die Redeanteile unterscheiden sich bei den Fraktionen teilweise erheblich (vgl. Tabelle 5.2). Die AfD hat mit 11,0% den niedrigsten Frauenanteil im Parlament, der Anteil an Reden von weiblichen MPs beträgt 10,0% und liegt damit etwas niedriger als der Anteil an Frauen in dieser Fraktion. Der größte Unterschied zwischen der Anzahl an Sitzen von Frauen und dem Redeanteil findet sich bei der CDU/CSU-Fraktion – 20,7% der Fraktion sind Frauen, allerdings halten diese nur 16,0% der Reden. Auch die Linke und die SPD zeigen einen deutlichen Unterschied zwischen dem Anteil an Frauen in der Fraktion und den Reden von weiblichen MPs – bei beiden Fraktionen ist der Anteil an Reden niedriger als der Anteil an Frauen. Lediglich bei den Grünen und der FDP findet sich ein höherer Redeanteil von Frauen im Vergleich zu deren Anteil an Sitzen.

Der von Bäck und Debus (2018) beschriebene *backlash effect*, wonach ein höherer Frauenanteil in einer Fraktion zu weniger Reden von Frauen in den Parlamentsdebatten führt, kann in dieser Erhebung somit nicht bestätigt werden. Die Fraktionen unterscheiden sich diesbezüglich unsystematisch.

Tabelle 5.2.: Sitz- und Redeanteil von weiblichen MPs nach Fraktionen. Auswertungszeitraum: 24. Oktober 2017 bis 12. April 2019

Fraktion	Sitzanteil Frauen	Redeanteil Frauen
Bündnis 90/ Die Grünen	58,2%	61,3%
Die Linke	53,6%	50,7%
fraktionslos	25,0%	43,9%
SPD	42,8%	39,0%
FDP	23,7%	25,8%
CDU/CSU	20,7%	16,0%
AfD	11,0%	10,0%

In der weiteren Auswertung wird nicht auf die Reden von fraktionslosen Abgeordneten eingegangen. Hintergrund hierfür ist sowohl die geringe Anzahl an fraktionslosen Redner*innen im Bundestag (zum Auswertungszeitraum waren lediglich vier der 709 Abgeordneten fraktionslos⁹) als auch Probleme in der Erhebung – Mar-

⁹Frauke Petry und Mario Mieruch traten kurz nach der Wahl aus der AfD aus und waren von Beginn des 19. Bundestags nicht Mitglied einer Fraktion. Im November 2018 verlies der Abgeordnete Mar-

co Bülow und Uwe Kamann hielten ihre Reden sowohl als Mitglieder ihrer Fraktion (SPD bzw. AfD) und später auch als fraktionslose Abgeordnete des Bundestags. Der Redeanteil von Frauen bei fraktionslosen Abgeordneten (vgl. Tablle 5.2) ist deshalb stark verzerrt – zum Teil trifft dies auch auf die Rede- und Sitzanteile bei den Fraktionen der AfD und der SPD zu, allerdings ist diese Verzerrung aufgrund einer deutlich größeren Anzahl an Reden und Sitzen vernachlässigbar. Gleichzeitig gelten für fraktionslose Abgeordnete angepasste Regelungen bezüglich Anzahl der Reden und Redezeit im Vergleich zu den übrigen Abgeordneten (vgl. Schreiner 2005, 583f.). Wie in Tabelle 5.3 ersichtlich, machen die fraktionslosen Abgeordneten Frauke Petry und Mario Mieruch besonders häufig von ihrem Rederecht Gebrauch. Dies lässt sich unter anderem durch die insgesamt politisch schwächere Position von fraktionslosen Abgeordneten erklären (Morlok 2018, S. 372) – da sie kein Antragsrecht und keine Stimmrecht und Rederecht in Ausschüssen besitzen (vgl. ebd.), nutzen diese vor allem ihr Rederecht im Plenum.

Da sich das Redeverhalten sowie die Rechte von fraktionslosen Abgeordneten zu den Abgeordneten in Fraktionen derart unterscheidet, werden diese in der weiteren Auswertung nicht berücksichtigt, um eine Verzerrung der Ergebnisse zu vermeiden. Es werden somit insgesamt 8.179 Reden von insgesamt 677 Abgeordneten¹⁰ untersucht.

5.2. Quantitative Textanalyse

Die stetig zunehmende Rechenleistung, die ständige Weiterentwicklung von Methoden der quantitativen Textanalyse sowie die immer größer werdenden, zu analysierenden Datenmengen¹¹ haben in den vergangenen Jahren zu einem stetig steigenden Interesse der Politikwissenschaft an der Auswertung von Text als Daten („text-as-

co Bülow die SPD-Bundestagsfraktion, im Dezember 2018 trat Uwe Kamann aus der AfD-Fraktion aus.

¹⁰Im Untersuchungszeitraum haben noch nicht alle Abgeordneten mindestens eine Rede gehalten – entsprechend ergibt sich die Differenz zwischen den insgesamt 709 Abgeordneten und der Anzahl an Abgeordneten in diesem Datensatz.

¹¹Ein besonders prägnantes Beispiel ist hier der *Manifesto Corpus*. Mit diesem Projekt wurden 1.800 maschinenlesbare Dokumente politischer Parteien aus 40 verschiedenen Ländern zur quantitativen Textanalyse veröffentlicht (Merz, Regel und Lewandowski 2016).

Tabelle 5.3.: Abgeordnete mit den meisten Reden im 19. Deutschen Bundestag. Auswertungszeitraum: 24. Oktober 2017 bis 12. April 2019^a

Name	Fraktion	Reden
Volker Ullrich	CDU/CSU	68
Mario Mieruch	fraktionslos	55
Frauke Petry	fraktionslos	50
Alexander Graf Lambsdorff	FDP	48
Katja Keul	Bündnis 90/ Die Grünen	38
Johann Saathoff	SPD	37
Sebastian Brehm	CDU/CSU	37
Jürgen Hardt	CDU/CSU	36
Helge Lindh	SPD	36
Fabio De Masi	Die Linke	36

^aDiese Tabelle berücksichtigt nur Bundestagsabgeordnete. Die meisten Reden wurden durch Angela Merkel (126), Heiko Maas (98) und Jens Spahn (76) gehalten.

data“) geführt (vgl. Wilkerson und Casas 2017)¹². Auch in dieser Arbeit werden diese weiterentwickelten Methoden genutzt, um die für diese Forschung benötigte Datenmenge erfassbar und auswertbar zu machen.

Hierbei soll unter anderem auf die Möglichkeiten einer diktionärbasierten Inhaltsanalyse sowie einer automatisierten Erfassung von Themen (das sogenannte *automated topic modeling*) zurückgegriffen werden – beide Methoden der quantitativen Textanalyse werden in den nachfolgenden Kapiteln vorgestellt und anhand des Untersuchungsgegenstandes sowie dessen Operationalisierung genauer erläutert.

5.2.1. Diktionärbasierte Inhaltsanalyse

Mittels sogenannter Diktionäre¹³ können Texte einfach klassifiziert werden (Grimmer und Stewart 2013, S. 274; Brosius, Haas und Koschel 2012, S. 166). In Diktionären können Wörter oder Phrasen beispielsweise mit Themen oder Stimmungen verknüpft werden – über einfaches Zählen von Wörtern in einem Dokument können anschließend Aussagen über dieses Dokument vorgenommen werden. So kann etwa

¹²Eine Zusammenfassung der zahlreichen Methoden der automatisierten, quantitativen Texterfassung und eine Beleuchtung der Möglichkeiten und auch Fallstricke dieser Methoden findet sich bei Grimmer und Stewart (2013)

¹³In der überwiegend englischsprachigen Literatur wird von *ditionaries* gesprochen. In Ermangelung eines besseren Begriffes, wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff „Diktionär“ gewählt, alternativ könnte hier auch von Wörterbüchern gesprochen werden.

überprüft werden, ob in Zeitungsberichten oder Parteiveröffentlichungen ein Thema eher negativ oder positiv besetzt ist um daraus Rückschlüsse über die öffentliche Berichterstattung und Rezeption der Parteien zu ziehen (vgl. Haselmayer und Jenny 2017; vgl. Backfried und Shalunts 2016). Allerdings ist hierbei zu beachten, dass eine diktionärbasierte Textanalyse sehr stark kontextabhängig ist – ein Diktionär sollte immer einen Bezug auf die zu untersuchende Domäne aufweisen und außerhalb dieser Domäne nicht genutzt werden (Grimmer und Stewart 2013, S. 268). Ein Diktionär, welches zur Bestimmung der Tonalität von Reden im Parlamenten ausgearbeitet wurde (beispielsweise das Diktionär von Haselmayer und Jenny (2017)) kann nicht einfach auf die Analyse von Beiträgen auf den Sozialen Netzwerken herangezogen werden – die Syntax, Semantik und das Vokabular unterscheidet sich hier deutlich zwischen den Domänen (vgl. Wilkerson und Casas 2017, 534f.).

Im Rahmen dieser Arbeit soll ein diktionärbasierter Ansatz zur Untersuchung der Nutzung von genderinklusive Sprache (Hypothese 1 – siehe Kapitel 4.1) herangezogen werden. Ein solcher Ansatz eignet sich ideal, um die erste Hypothese zu überprüfen. Mittels eines Wörterbuchs bestehend aus genderinklusive und genderexklusive Wörtern und Phrasen kann hierbei untersucht werden, ob weibliche MPs in Parlamentsdebatten häufiger auf genderinklusive Wörter und Formulierungen zurückgreifen als männliche MPs.

Allerdings konnte in der umfassenden Recherche im Vorfeld dieser Arbeit kein wissenschaftlich erarbeitetes Wörterbuch gefunden werden, welches genderinklusive und genderexklusive Begrifflichkeiten und Formulierungen enthält. Idealerweise wird ein solches Wörterbuch interdisziplinär erarbeitet. Das *SentiWS*-Wörterbuch von Remus, Quasthoff und Heyer (2010) wurde beispielsweise mit Beteiligung von Informatiker*innen und Linguist*innen entwickelt. Ein anderer Ansatz ist die Erarbeitung durch eine Vielzahl an Beteiligten, welche unabhängig voneinander Bewertungen zu negativer oder positiver Konnotation von Wörtern und Sätzen abgeben – ein solches Vorgehen wurde über *crowdcoding* beispielsweise bei Haselmayer und Jenny (2017) realisiert.

Beide Ansätze können im Rahmen dieser Arbeit nicht realisiert werden, da die entsprechenden Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. Um dennoch ein geeignetes

Diktionär zu entwickeln, wurde an dieser Stelle auf andere Möglichkeiten zurückgegriffen: Ein ehrenamtlich gepflegtes *Genderwörterbuch* auf der von Johanna Usinger und Philipp Müller betriebenen Webseite www.geschicktgendern.de pflegt durch Unterstützung von Freiwilligen „gendergerechte Alternativen“ zu „üblichen Begriffen“ ein und erweitert sich ständig. Im Rahmen dieser Arbeit wurde dieses Online-Wörterbuch mittels sogenanntem *web scraping* (Wickham 2016) abgegriffen und anschließend manuell als Diktionär aufbereitet.

Hierbei mussten zahlreiche Einträge entfernt werden, da sie für die zu untersuchende Domäne zu spezifisch (etwa die genderexklusive Formulierung „... Um an unserer Klinik als Arzt arbeiten zu können, müssen Sie die Approbation im Original vorlegen.“) oder zu unspezifisch („Eltern“ als genderinklusive Variante von „Mütter“) erschienen. Einige genderexklusive Wörter wurden noch ohne genderinklusive Variante aufgeführt („noch kein passender Begriff gefunden; senden Sie Ihren Vorschlag über das Kontaktformular“) – auch diese wurden aus der Erhebung entfernt. Ein Auszug des Diktionärs über genderinklusive und -exklusive Wörter findet sich in Tabelle 5.4. Der Tabellenauszug zeigt ebenfalls, dass einige genderinklusive Alternativen zu den jeweiligen Begriffen durchaus problematisch sein können – die Gleichsetzung von „Schüler“ und „Kinder“ ist nicht immer möglich und manchmal auch falsch. Entsprechend muss dies bei der weiteren Auswertung und der Kritik berücksichtigt werden.

Tabelle 5.4.: Auszug an genderexklusiven und -inklusive Begriffen nach Aufbereitung der Daten

Genderexklusive Begriffe	Genderinklusive Varianten
Fördermittelgeber	Stelle, die Fördermittel vergibt
Schüler	Kinder
Journalist	Presse
Terroristen	Terrorisierende
Verkehrsteilnehmer	Verkehrsbeteiligte
anwenderbezogen	praxisbezogen
Linkshänder	linkshändige Person
Trainer	Referierende
Mentor	Vorbild
Komponisten	Musikschaffende

Die in Kapitel 3.1.3 und 4.1 behandelte *gender-fair language* umfasst jedoch mehr als nur einzelne Begriffe. In dieser Arbeit soll auch herausgefunden werden, ob Abgeordnete in ihren Reden eine genderinklusive Sprache wählen – beispielsweise, ob von „Kolleginnen und Kollegen“ anstatt exklusiv von „Kollegen“ oder „Kolleginnen“ gesprochen wird¹⁴.

Mittels sogenannter *regular expressions* (Thompson 1968) können die Protokolle nach solchen genderinklusive Formulierungen untersucht werden – hierfür wird mit Hilfe von spezifisch definierten Regeln nach diesen Passagen im Datensatz gesucht. In dieser Arbeit wurde nach Passagen gesucht, welche alle folgenden Regeln erfüllen:

- Zwei Wörter, welche durch ein „und“ oder „oder“ getrennt werden.
- Eines dieser Wörter endet mit den Buchstaben „in“ oder „innen“, das zweite Wort endet hingegen mit „e“, „er“ oder „en“.
- Die Wörter bestehen aus jeweils mindestens vier Buchstaben vor den jeweiligen Endungen.

Mit diesen Regeln konnten zunächst 507 Formulierungen identifiziert werden, welche nach einer manueller Bereinigung auf 417 genderinklusive Formulierungen gekürzt wurden¹⁵. Ein Auszug der aufbereiteten Daten findet sich in sich in Tabelle 5.5.

Auf diese Weise wurde für diese Arbeit ein Diktionär entwickelt, welches genderexklusive Begriffe und genderinklusive Varianten sowie Formulierungen enthält. Kritisch ist hierbei die bereits beschriebene Datengrundlage zu bewerten – da diese nicht wissenschaftlich entwickelt worden ist sondern einem ehrenamtlichen Projekt entstammen, sind die Ergebnisse und Rückschlüsse der Arbeit, welche auf diesem Diktionär basieren, entsprechend mit Vorsicht zu betrachten. Für zukünftige weitere Erhebungen benötigt es ein möglichst interdisziplinär entwickeltes Diktionär, wel-

¹⁴Der Stenografische Dienst des Bundestages protokolliert leider nicht, ob Abgeordnete mit einem sogenannten *Gender-Gap* sprechen – also bewusste Pausen vor der geschlechtsspezifischen Endung genutzt werden, etwa bei *Kolleg_innen* (vgl. Reisigl, Andereg und Fankhauser 2017). Gender-Gaps werden in den Bundestagsprotokollen als rein weibliche Aussprache protokolliert.

¹⁵Hierbei wurden zum einen Formulierungen, die durch diese Regelungen nicht gefunden werden können, etwa „Männer und Frauen“, manuell ergänzt und Formulierungen, welche nicht inklusiv sind aber diesen Regeln entsprechen, entfernt. So fand sich beispielsweise auch vier Mal die Kombination „Hitler und Stalin“ – zwar erfüllt dies die Regelung, genderinklusive ist Kombination aber nicht.

Tabelle 5.5.: Auszug genderinklusive Ansprachen nach Aufbereitung der Daten. Die Kleinschreibung ist technisch bedingt.

Formulierung
verkehrsteilnehmerinnen und verkehrsteilnehmer
rechtsanwältinnen und rechtsanwälte
grüninnen und grünen
betrügerinnen und betrüger
beamtinnen und beamten
spenderin oder spender
sparerinnen und sparer
mütter oder väter
zivilistinnen und zivilisten
trägerinnen und träger

ches für die Untersuchung deutschsprachiger (politischer) Texte und Reden geeignet ist. Eine Grundlage oder Inspiration hierfür könnte das im Rahmen dieser Arbeit entwickelte Diktionär mit insgesamt 427 genderinklusive Formulierungen, 1.059 genderinklusive und 605 genderexklusive Begriffen sein (vgl. Tabelle 5.6).

Tabelle 5.6.: Zusammenfassung der Daten des entwickelten Diktionärs

	Anzahl
Genderinklusive Formulierungen	417
Genderinklusive Begriffe	1059
Genderexklusive Begriffe	605

Mittels des Diktionärs kann nun der Anteil genderinklusive Begriffe und Formulierungen in den jeweiligen Reden untersucht und Hypothese 1 (siehe Kapitel 4.1) überprüft werden. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein bloßes zählen geschlechterinklusive Begriffe und Formulierungen nicht ausreichend für die Hypothesenprüfung ist: Die unterschiedliche Länge der Reden bedingt, dass längere Reden vermutlich mehr geschlechterinklusive Passagen enthalten. Sehr kurze Reden¹⁶ enthalten hingegen vermutlich keine genderinklusive Begriffe und Formulierungen. Aufgrund dieser Umstände wird der Anteil an geschlechterinklusive Wörtern im

¹⁶Beispielsweise sei hier die Wahl des Bundestagspräsidenten bei der ersten Sitzung des 19. Bundestages genannt: „Der Kollege Dr. Wolfgang Schäuble ist vorgeschlagen. – Ich darf Sie fragen: Sind Sie bereit, zu kandidieren?“ Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): „Ja, Herr Präsident.“. Die Antwort Wolfgang Schäubles wird als Rede in den digitalen Protokollen des Bundestages vermerkt.

Verhältnis zur Länge der Reden untersucht. Reden, welche kürzer als 100 Wörter sind (457 von den untersuchten 8.186 Reden) werden in der Analyse nicht berücksichtigt, da diese sich im Charakter von der übrigen Plenardebatte deutlich unterscheiden. Hierbei handelt es sich zumeist um Antworten an das Präsidium oder Rückfragen an Redner*innen.

Mittels einer Boxplot-Grafik können die Mittelwerte und die Streuung der Anteile genderinklusive Begriffe sowie die Formulierungen in den Reden anschließend visualisiert werden. Ein t-Test (vgl. Diaz-Bone 2018, 164ff.) ermöglicht anschließend eine Hypothesenprüfung gegen die Nullhypothese H_0 (*Frauen und Männer verwenden in ihren Reden GFL gleich häufig.*).

5.2.2. Automatisierte Erfassung von Themen der Reden

Bäck und Debus weisen in ihrer ländervergleichenden Untersuchung bereits auf die Möglichkeiten der automatisierten Erfassung von Themen und Stimmungen in Texten („automated content analysis methods“) hin (2018, S. 18). Mittels solcher automatisierter Inhaltsanalysen ist es möglich, große Datensätze auszuwerten und zu erfassen. Zwar ist es auch mit qualitativen Methoden zunehmend möglich, große Textmengen zu bearbeiten und zu bewerten (vgl. Rädiker und Kuckartz 2019) – allerdings sind trotz computergestützter und immer komplexerer Auswertungssoftware auch dem Grenzen gesetzt. Bei diesen Methoden muss auch weiterhin ein Großteil der Codierung manuell erfolgen und Kategorien müssen eigenständig definiert werden (ebd., 52f.).

Bei der automatisierten Inhaltsanalyse ist ein manueller Eingriff nicht nötig – hier wird einem Rechner die Aufgabe des Codierens übertragen (Brosius, Haas und Koschel 2012, S. 161). Ziel ist es meist, die behandelten Themen in einem Dokument automatisiert zu erfassen (Niekler 2018, 36f.) und zu analysieren. *Topic modeling* ermöglicht es, durch Algorithmen und statische Methoden große Datenmengen nach Themen zu durchsuchen und damit sowohl Themen zu entdecken als auch die Datenmengen besser erfassbar und organisierbar zu machen (vgl. Blei 2012, 77ff. vgl.

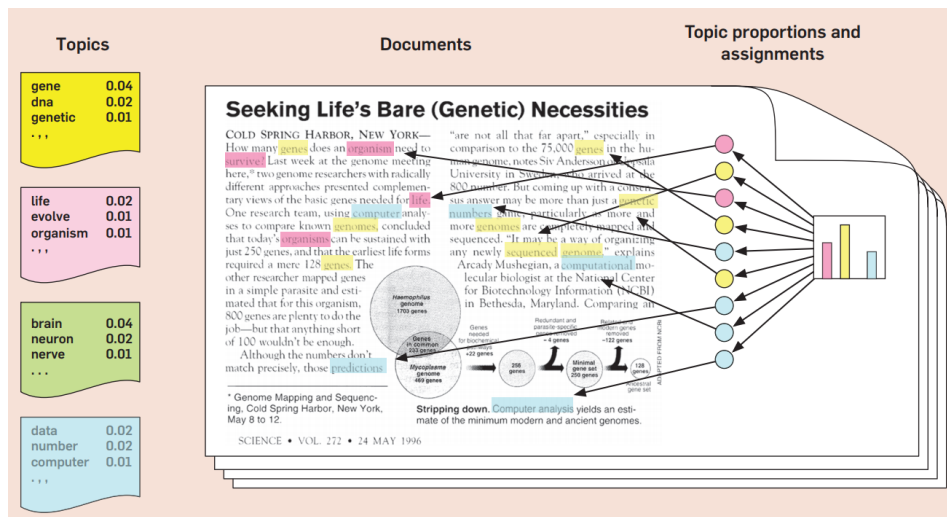


Abbildung 5.1.: Schematische Darstellung eines LDA Topic Models. Quelle: „Probabilistic Topic Models“ (Blei 2012)

Brosius, Haas und Koschel 2012, S. 163)¹⁷. Das simpelste automatisierte *topic model* ist dabei die *Latent Dirichlet Allocation* (LDA) (Blei 2012, S. 78). Generell wird davon ausgegangen, dass ein Dokument mehrere Themen aufweist (Blei 2012, S. 78; Niekler 2018, S. 88) und dass ein gemeinsames Thema sich durch ein gemeinsames, begrenztes Vokabular auszeichnet. Ein solches gemeinsames Vokabular eines Themas ist in Abbildung 5.1 schematisch dargestellt.

Das gemeinsame Auftreten von Wörtern in einem Dokument weist darauf hin, dass diese Wortmengen untereinander in einer Beziehung stehen (Niekler 2018, S. 90). Dieses gemeinsame Auftreten von Wortpaaren und Wortmengen kann untersucht werden und diese Wörter wiederum automatisiert einem Topic zugeordnet werden. Das Schema in Abbildung 5.1 zeigt, wie eine solche Zuordnung aussehen kann: Die blau markierten Wörter können hierbei beispielsweise dem Thema *data analysis*, gelbe markierte Wörter dem Thema *genetics* zugeordnet werden (vgl. Blei 2012, S. 78). Über diese Zuordnung können auch Rückschlüsse über die Häufigkeit von Themen in einem Dokument gezogen werden – in diesem Fall behandelt das Dokument vermutlich vorwiegend das Thema *genetics* (siehe *Topic proportions and assignments* in Abbildung 5.1).¹⁸ Trotz einer automatisierten Erfassung der Wörter eines Topics muss die

¹⁷Die Begriffe *Thema* und *Topic* werden im weiteren Verlauf der Arbeit synonym verwendet.

¹⁸Bei LDA handelt es sich um ein probabilistisches Model, d. h. dass Wörter mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit einem Topic zugeordnet werden können. Die technischen Details von LDA

Bewertung und Benennung eines Topics weiterhin manuell erfolgen und Bedarf einer Auseinandersetzung mit dem Text sowie dem Inhalt der Dokumente – demnach kann nicht die ganze Arbeit an den Rechner abgegeben werden.

Während es sich bei LDA um eines der am häufigsten gewählten und simpelsten Topic Model-Ansätze handelt, ist es für die Analyse der Themen im Bundestag aus mehreren Gründen nicht geeignet: Eine Analyse mittels LDA setzt z. B. voraus, dass die Anzahl der Themen eines Datensatzes bekannt und fix ist (Niekler 2018, S. 93; Blei 2012, 82f.). Auch eine Verknüpfung der Topics mit Metadaten des Dokuments (Autor, Datum, oder – für diese Analyse besonders relevant – das Geschlecht des*der Autor*in) ist mit LDA nicht möglich (Niekler 2018, S. 94; Blei 2012, 82f.).

Aus diesen Gründen wird auf das kürzlich entwickelte *structural topic model* (STM) zurückgegriffen – eine Variante von LDA, welche die beschreibende Limitierung durch Erweiterungen umgehen kann (Mishler et al. 2015, S. 640).¹⁹

Mittels der Protokolle des 19. Deutschen Bundestages und STM ist es möglich, sowohl die Häufigkeit als auch den Inhalt der Themen der Parlamentsdebatten zu bestimmen und Unterschiede in den Thematisierungen nach Geschlecht der Abgeordneten festzustellen. Anders als Bäck, Debus und Müller (2014) kann somit *ohne Vorannahmen* bezüglich der Themenwahl von männlichen und weiblichen MPs vorgegangen werden und eine vorherige Unterteilung in *soft* und *hard policies*, welche geschlechtsspezifisch favorisiert würden, kann ausgespart bleiben. Mittels dieser Methode ist es außerdem möglich, Themen zu entdecken, welche bisher noch nicht als vermeintlich geschlechtsspezifisch identifiziert wurden.

Um die Hypothese 2 (siehe Kapitel 4.2) zur Thematisierung von Reden nach Geschlecht zu untersuchen, werden zunächst die Anzahl der Themen sowie die mit diesen Themen verbundenen Wörter bestimmt. Anschließend werden die Topics mit

werden genauer bei Blei (2012) und die Hintergründe weiterer Topic Models bei Niekler (2018, 87ff.) beschrieben.

¹⁹STM wurde 2018 mit dem *Statistical Software Award* der Society of Political Methodology (SPM) ausgezeichnet und für eine Vielzahl an Publikationen genutzt. Die Breite der Anwendungsmöglichkeiten zeigt sich schon durch die Vielfältigkeit der Untersuchungsgegenstände: Etwa die Untersuchung von Twitter-Nachrichten während der Ukraine Krise (Mishler et al. 2015), eine Analyse der Texte Francis Bacons des 17. Jahrhunderts (Grajzl und Murrell 2019) oder die – dieser Untersuchung sehr nahen – Studie über die Reden des 18. Deutschen Bundestages zur sogenannten *Flüchtlingskrise* (Geese 2019).

einem oder mehreren Schlagwörtern (*Label*) versehen. Um diese Labels möglichst präzise zu definieren, werden sowohl die zehn Wörter, welche mit der höchsten Wahrscheinlichkeit (*highest probability*) in diesem Topic vorkommen und die Wörter, welche am exklusivsten²⁰ in diesem Topic vertreten sind, individuell ausgewertet und verglichen (Roberts, Stewart und Tingley 2018, 13f.).

Es ist davon auszugehen, dass auch Topics gefunden werden, welche nicht mit einem Label versehen werden können – etwa ein Topic, welches nur aus Begrüßungs- und Verabschiedungsfloskeln besteht²¹. Topics, welche nicht sinnvoll bestimmbar sind, sind bei automatisierten Topic Models üblich (Mimno et al. 2011, S. 262; Grajzl und Murrell 2018, S. 11). Diese Topics werden, wenn beide Autor*innen übereinstimmen, aus der weiteren Auswertung entfernt. Bei Uneinigkeit bezüglich der Labels werden die Reden, welche vor allem dieses Topic beinhalten, herangezogen und anschließend ein Label vergeben oder das Topic aus der weiteren Erhebung entfernt.

Abschließend ist eine Untersuchung bezüglich der Thematisierung nach Geschlecht der Abgeordneten möglich – hierbei wird untersucht, ob ein signifikanter Unterschied zwischen den beiden Gruppen (männliche und weibliche Abgeordnete) zu beobachten ist (vgl. Roberts, Stewart, Tingley und Airolti 2013, S. 3).

5.2.3. Erfassung von Unterbrechungen

Da der Stenografische Dienst des Bundestages nicht nur den Wortlaut der Reden sondern auch Unterbrechungen, Zustimmung, Rückfragen und auch sonstige Zwischenfälle dokumentiert, ist es möglich, die Unterbrechungen der Reden auszuwerten (vgl. Abb. A.1). Hierbei kann zwischen positiv intendierten Unterbrechungen (Beifall, Heiterkeit, Zustimmung) und negativ intendierten Unterbrechungen (Widerspruch, Zwischenruf, Lachen²²) unterschieden werden. Sofern möglich, dokumentie-

²⁰Hierfür wird der *FREX*-Algorithmus, welcher auf der Arbeit von Airolti und Bischof (2016) basiert (Roberts, Stewart und Tingley 2018, S. 12), genutzt. Dieser wichtet die in den Topics vorhandenen Wörter nach ihrer Gesamthäufigkeit und wie exklusiv diese in diesem Topic im Vergleich zu den anderen Topics vorkommen (ebd., 13f.).

²¹Da diese Wortkombinationen besonders gehäuft auftreten, wird hier ein gemeinsames Topic vermutet – allerdings ist es für diese Auswertung nicht interessant, da jeder Redebeitrag im Bundestag mit einer Begrüßung beginnt.

²²Der Stenografische Dienst dokumentiert das Lachen beispielsweise über einen Witz als Heiterkeit im Unterschied zu (aus)lachen.

ren die Stenograf*innen des Bundestags auch, wer den Zwischenruf geäußert hat und wie der Zwischenruf lautete. Diese Dokumentation ist auch in den XML-Dateien der Bundestagsprotokolle (siehe Kapitel 5) vorhanden und kann genutzt werden, um die Anzahl der Unterbrechungen pro Rede auszuwerten.

Wie in Kapitel 4.4 bereits erläutert, gilt bezüglich der Redezeiten im 19. Deutschen Bundestag nicht die bis dato übliche Regelung der sogenannten *Berliner Stunde* (vgl. Schreiner 2005). Die Redezeit der Abgeordneten darf somit 15 Minuten nicht überschreiten, wobei längere Reden beantragt werden können und bei längeren Berichten der Bundesregierung auch der Opposition ein längeres Rederecht zugestanden wird. Es ist davon auszugehen, dass längere Beiträge häufiger unterbrochen werden. Deshalb wird für die weitere Auswertung nicht die absolute Anzahl an Unterbrechung sondern die Anzahl an Unterbrechungen im Verhältnis zur Länge der Rede in Wörtern untersucht.

Des Weiteren wird davon ausgegangen, dass Fraktionsvorsitzende ebenfalls häufiger unterbrochen werden, da sie eher zu Themen sprechen, welche eine größere Medienaufmerksamkeit bedienen und hierbei oft mehr Abgeordnete anwesend sind²³.

Aus diesen Gründen soll, neben der Rolle des Geschlechts bei Unterbrechungen, auch untersucht werden, ob Fraktionsvorsitzende im Vergleich zu Abgeordneten ohne Vorsitzmandat häufiger unterbrochen werden und ob sich Unterschiede bei den Parteien bezüglich negativ intendierter Unterbrechungen feststellen lassen.

Mittels einer Boxplot-Grafik können die Mittelwerte und die Streuung der Unterbrechungen in den Reden visualisiert werden. Ein t-Test (vgl. Diaz-Bone 2018, 164ff.) ermöglicht anschließend eine Hypothesenprüfung gegen die Nullhypothese H_0 (*Frauen und Männer werden in den Reden gleich häufig negativ unterbrochen.*). Es wird anschließend verglichen, ob ein Unterschied bei Fraktionsvorsitzenden bezüglich der Unterbrechungen festzustellen ist. Unterschiede zwischen den Parteien werden über eine Varianzanalyse überprüft.

²³Eine besonders intensive Auseinandersetzung mit Unterbrechungen und deren Häufigkeiten findet sich in der Auswertung „Das gespaltene Parlament“ der Süddeutschen Zeitung von 24. April 2018 (Süddeutsche 2018)

6. Ergebnisse und Auswertungen

6.1. Genderinklusive Sprache

Wie umfänglich dargelegt, wird vermutet, dass weibliche MPs häufiger als ihre männlichen Kollegen Gebrauch von genderinklusive Begriffen und Formulierungen machen (siehe Kapitel 3.1.3 und 4.2). Eine Überprüfung mittels des entwickelten Diktionärs (vgl. Kapitel 5.2.1) zeigt jedoch, dass ein signifikanter Unterschied in der Nutzung von genderinklusive Sprache zwischen den Geschlechtern zwar festzustellen ist, der Unterschied hierbei aber marginal ist. So zeigt das Ergebnis des t-Test ($t(4263.51) = 3.63, p < .001, d = 0.09$), dass die Nullhypothese H_0 (*Frauen und Männer verwenden in ihren Reden gender-fair language gleich häufig*) zugunsten der Alternativhypothese H_1 (*Frauen verwenden in ihren Reden häufiger gender-fair language als Männer*) abgelehnt werden kann. Vergleicht man aber die Mittelwerte (0,014 vs. 0,013 Anteil an GFL-Begriffen und Formulierungen in den Reden) und betrachtet den Boxplot (vgl. Abb. 6.1a), zeigt sich ein nur unwesentlicher Unterschied in der Nutzung von GFL.

Dies zeigt sich auch im Vergleich der Fraktionen (vgl. Abb. 6.1b). Eine Varianzanalyse mittels des Kruskal-Wallis-Test²⁴ weist hier auf signifikante Unterschiede ($\chi^2 = 120.68, p < 0.01, df = 5$) zwischen den Fraktionen hin. Es handelt sich bei dem Kruskal-Wallis-Test um einen sogenannten Omnibus-Test (Backhaus et al. 2016, S. 184) – es wird hier lediglich geprüft, ob ein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen festzustellen ist, nicht jedoch, welche Gruppen sich untereinander signifikant unterscheiden. Eine solche Überprüfung kann mit einem sogenannten Post-Hoc-Test nachgelagert werden (ebd., S. 196). In diesem Fall wird der Bonferroni-Dunn-Test

²⁴Da der Anteil an GFL-Begriffen und Formulierungen nicht normalverteilt ist und der Levene-Test zeigt, dass die Daten nicht homoskedastisch verteilt sind, kann eine klassische einfaktorielle Fisher's ANOVA nicht durchgeführt werden (Huber, Meyer und Lenzen 2014, S. 64). Auch der Boxplot (vgl. Abb. 6.1b) zeigt zahlreiche Ausreißer. Aus diesen Gründen wird der Kruskal-Wallis-Test herangezogen, welche üblicherweise bei der Verletzung der Varianzhomogenität herangezogen wird (Kuhlenkasper 2017, S. 339). Der Kruskal-Wallis-Test vernachlässigt die Varianzhomogenität, indem die metrische, abhängige Variable (in diesem Fall der Anteil an GFL-Begriffen und Formulierungen) in Ränge umgewandelt wird (ebd., 339f). Im Anschluss werden die Mittelwerte der Rangsummen \bar{R}_j statt der metrischen Mittelwerte zwischen den Gruppen verglichen (Kuhlenkasper 2017, 340ff.)

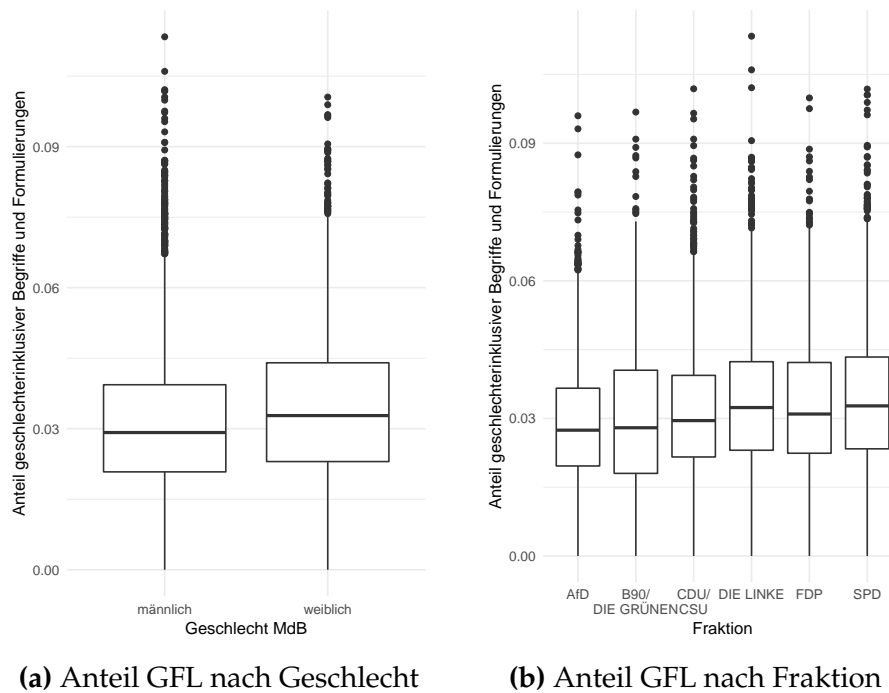


Abbildung 6.1.: Anteil geschlechterinklusive Begriffe und Formulierung pro Rede im Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Fraktionsmitgliedschaft

genutzt.

Fraktion	\bar{R}_j	M
AfD	3417.6	a
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3590.4	ab
CDU/CSU	3788.7	b
DIE LINKE	4136.2	c
FDP	4019.8	c
SPD	4221.5	c

Tabelle 6.1.: Post-Hoc Bonferroni-Dunn-Test. Unterschiedliche Buchstaben (M) weisen auf signifikante Unterschiede ($p < 0.05$) zwischen den Fraktionen hin.

Die Auswertung mittels des Bonferroni-Dunn-Test (siehe Tab. 6.1) zeigt, dass sich die AfD und B90/Die Grünen nicht signifikant unterscheiden (die AfD unterscheidet sich allerdings signifikant von allen anderen Parteien). Dies Ergebnis widerspricht den Erwartungen. Die AfD hat sich in ihrem Bundestagswahlprogramm klar gegen die Nutzung von GFL ausgesprochen – „Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-

Tabelle 6.2.: Die zehn häufigsten genderinklusive Begriffe in den Reden des Bundestages

Genderinklusive Begriffe	n
alle	22.231
frei	7.095
fall	6.303
kinder	5.490
unternehmen	3.257
intern	3.074
stimme	2.120
zusammenarbeit	1.577
beratung	1.511
bevölkerung	1.408

Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.“ (AfD 2017, S. 40) – während das Bundestagswahlprogramm von B90/Die Grünen im Gegensatz hierzu in geschlechterinklusive Sprache verfasst wurde (Grünen 2017).

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass das entwickelte Diktionär auf Basis der Arbeit von *geschicktgendern.de* für diese Arbeit leider unzureichend ist. Der am häufigsten genutzte, genderinklusive Begriff in den Reden lautet demnach „alle“. Im *geschicktgendern*-Wörterbuch wird dieser als genderinklusive Variante für den Begriff „jeder“ vorgeschlagen. In den Reden findet sich der Begriff „alle“ 22.231 mal wieder (vgl. Tab. 6.2). Der zweithäufigste Begriff „frei“ ist die genderinklusive Variante des Begriffs „herrenlos“ – hier zeigt sich, dass die genderinklusive Varianten teilweise zu unspezifisch sind und nicht für die Domäne „politische Reden“ geeignet sind. Der Begriff „Kinder“ wird im *geschicktgendern* Diktionär als genderinklusive Begriff des Wortes „Schüler“ vorgeschlagen. Allerdings sind diese Begriffe nicht deckungsgleich verwendbar. Plenarbeiträge über Schülerinnen und Schüler können andere Themen adressieren als Beiträge über Kinder – eine solche Unterscheidung ist allerdings mit einer automatisierten Textanalyse mittels eines Wörterbuches nicht möglich. Weitere Problematiken und mögliche Lösungsansätze sollen in Kapitel 7 - „Methodenkritik und Forschungsausblick“ umfassender diskutiert werden.

Mit Betrachtung der genderinklusive Formulierung (vgl. Tab. 6.3) zeigt sich auch

dort, dass eine erhebliche Varianz bezüglich der Anteile zu beobachten ist. Während „Damen und Herren“ sowie „Kolleginnen und Kollegen“ mit 9.480 bzw. 7.668 Nennungen die genderinklusiven Formulierungen dominieren, finden sich 191 Formulierungen lediglich ein Mal in den Reden (beispielsweise „Alevitinnen und Aleviten“ oder „Antragsteller und Antragstellerinnen“). Dies ist vor allem bedingt durch übliche Begrüßungsfloskeln des Bundestages. Redebeiträge werden üblicherweise eingeleitet mit den Worten „Sehr geehrter Herr Präsident/Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!“ (vgl. Abb. A.1). Dies bedingt, dass sich Formulierungen wie diese in fast jeder Rede des Bundestages finden.²⁵ Problematisch zeigt sich außerdem, dass Personen, welche besonders häufig diese Floskeln verwenden, in dieser Auswertung durch einen besonders hohen Anteil an genderinklusive Sprache auszeichnen würden – auch wenn sich die Rede ansonsten nicht durch einen besonders genderinklusive Inhalt hervorheben würde.

Tabelle 6.3.: Die zehn häufigsten genderinklusiven Formulierungen in den Reden des Bundestages. Die Kleinschreibung ist technisch bedingt.

Genderinklusive Formulierungen	n
damen und herren	9.480
kolleginnen und kollegen	7.668
bürgerinnen und bürger	1.055
soldatinnen und soldaten	639
mitarbeiterinnen und mitarbeiter	245
arbeitnehmerinnen und arbeitnehmer	244
verbraucherinnen und verbraucher	199
mieterinnen und mieter	179
ärztinnen und ärzte	165
schülerinnen und schüler	124

Die Ergebnisse dieser Erhebung müssen also kritisch betrachtet werden – die Hypothese kann unter diesen Umständen nicht geprüft werden. Das im Rahmen dieser Arbeit entwickelte Diktionär kann zwar als Ausgangspunkt für die weitere Untersuchung der Nutzung von genderinklusive Sprache herangezogen und optimiert werden – im Rahmen dieser Arbeit erweist es sich leider als ungenügend. Problematisch

²⁵ 6.384 der 7.843 untersuchten Reden beinhalten eine der beiden Formulierungen „Damen und Herren“ bzw. „Kolleginnen und Kollegen“.

sind hierbei der fehlende Domänenbezug und die Ausarbeitung des Diktionärs durch Laien. Ein Diktionär, welches für die Bewertung der Nutzung von genderinklusiven Begriffen und Formulierungen der Plenardebatten herangezogen werden könnte, müsste interdisziplinär unter Beteiligung von Linguist*innen (vgl. etwa (Remus, Quasthoff und Heyer 2010)) oder unter der Beteiligung einer Vielzahl an Personen (vgl. (Haselmayer und Jenny 2017)) entwickelt werden.

6.2. Themen der Reden

Wie in Kapitel 5.2.2 bereits beschrieben bietet STM den Vorteil, dass die Anzahl der Topics innerhalb des Datensatzes nicht vorgegeben werden muss – mittels der sogenannten *spectral analysis* lässt sich die Anzahl der Topics eines Dokuments reproduzierbar bestimmen (Roberts, Stewart und Tingley 2018, S. 11; Roberts, Stewart und Tingley 2016, 30ff.).²⁶ Diese Analyse berechnet 100 Topics in den untersuchten Reden des 19. Deutschen Bundestages (Reden mit mehr als 100 Wörtern, von Abgeordneten mit Fraktionszugehörigkeit).

Anschließend werden die Topics, wie in Kapitel 5.2.2 beschrieben, mit Labels versehen. Beispielhaft sollen hier auf die wahrscheinlichsten Wörter eines Topics 5.2.2 und die Wörter, welche mittels des FREX-Algorithmus ausgewertet wurden, in Abbildung 6.2 verwiesen werden. Während *highest probability* die Wörter anzeigt, welche mit der höchsten Wahrscheinlichkeit in diesem Topic vorkommen, zeigt FREX gewichtet die exklusivsten Wörter an. Da die höchste Wahrscheinlichkeit hierbei auf sogenannten *Stopwörter* („und“, „du“, „ich“, „sie“, etc.) liegt, wurden diese und weitere, in diesem Datensatz besonders häufig genutzte Wörter („Bundestag“, „Kollegen“, „Präsident“, etc.), aus der Erhebung entfernt.

Das Labeling wurde unabhängig durch die beiden Autor*innen vorgenommen und anschließend wurden die Ergebnisse verglichen. Es wurden 13 Topics aus dem Da-

²⁶Ein anderes Vorgehen zur Bestimmung der Anzahl der Topics findet sich bei „Structural Topic Models for Open Ended Survey Responses“ von Roberts, Stewart, Tingley, Lucas et al. (2014, 6ff.). Hierbei wird mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Topicanzahlen gearbeitet um anschließend manuell die Anzahl der Topics zu selektieren. Da ein solches Verfahren den Umfang dieser Arbeit aber übersteigen würde, wurde das einfachere – wenn auch weniger akkurate – Spektralverfahren gewählt.

<p>Topic 6: digitalisierung, intelligenz, digitale, digitalen, künstliche, strategie, zukunft, unsere, liebe, wirtschaft, menschen, thema, daten, brauchen, heute, vielen, neue, dafür, gibt, gesellschaft</p> <hr/> <p>Topic 28: russland, usa, europa, nato, welt, vertrag, staaten, abrüstung, inf-vertrag, heute, trump, liebe, sicherheit, atomwaffen, antrag, iran, deutschen, politik, gibt, deshalb</p> <hr/> <p>Topic 76: frauen, männer, prozent, arbeiten, gibt, beschäftigten, männern, arbeit, liebe, teilzeit, heute, geht, immer, unternehmen, gesetz, arbeitszeit, mal, gleichberechtigung, viele, vielen</p>	<p>Topic 6: intelligenz, künstliche, digitale, ki-strategie, künstlicher, digitalisierung, künstlichen, algorithmen, digitalen, enquete-kommission, intelligenz..., ...künstliche, umsetzungsstrategie, strategie, bär, digital-gipfel, maschinen, digitaler, digitalministerium, geschäftsmodelle</p> <hr/> <p>Topic 28: atomwaffen, abrüstung, inf-vertrag, atomwaffenverbotsvertrag, nuklearen, nukleare, mittelstreckenraketen, russische, russen, russland, inf-vertrages, russischen, nuklearwaffen, krim, rüstungskontrolle, aufrüstung, amerika, moskau, raketen, vertrag</p> <hr/> <p>Topic 76: brückenteilzeit, männern, männer, frauen, gleichberechtigung, teilzeit, frauenanteil, rückkehrrecht, arbeitszeit, pay, vollzeit, gleichstellung, lohnücke, abruf, führungspositionen, equal, teilzeittale, vereinbarkeit, quote, beruf</p>
(a) <i>highest probability</i>	(b) <i>FREX</i>

Abbildung 6.2.: Labeling am Beispiel der Topics 6, 28 und 76 mittels des *highest probability* und *FREX*-Algorithmus

tensatz entfernt, da sie entweder aus zusammenhanglosen Wörtern oder nur aus Dankes- und Begrüßungswörtern bestanden. Bei 26 Topics bestand keine Einigkeit bezüglich des Labels – hier wurden die Reden, welche den Topics am meisten zugeordnet werden können, gesichtet und anschließend wurde entweder das Labeling vorgenommen oder auch diese aus der Erhebung entfernt. Nach dieser Überprüfung bleiben 85 Topics, welche auf mögliche Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten untersucht werden können.

Mit Betrachtung der Topics, welche einen signifikanten Unterschied (Konfidenzintervall von 80%) bezüglich der Topic-Anteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten aufweisen (vgl. Abb. 6.3), kann eine Reproduktion von Stereotypen bezüglich der Thematisierung in den Parlamentsdebatten nachgewiesen werden.²⁷ Die Ergebnisse, welche Bäck, Debus und Müller (2014, 501ff.) im schwedischen Parlament erhoben hatten, können in unserer Arbeit reproduziert werden. Auch wenn in dieser Arbeit eine Klassifizierung von „hard policies“, wie sie bei Bäck, Debus und Müller vorgenommen wurde, nicht angewandt wird, zeigt sich, dass männliche Abgeordnete signifikant mehr über Außen- und Verteidigungspolitik (INF-Vertrag, EU-Außenpolitik, Bundeswehreinsatz im Mittelmeer „Sea Guardian“) und Finanzpolitik (Steuern, Finanzen, Banken) sowie Energiepolitik im Bundestag sprechen (vgl. Abb. 6.3). Diese Thematisierung entspricht in großen Teilen der Klassifizierung von

²⁷Die Ergebnisse aller Topics mit dem jeweiligem Label finden sich im Anhang, vgl. Abb. A.2

„hard policies“ von Bäck, Debus und Müller – hier werden die Topics „Makroökonomie“, „Energie“, „Transportwesen“, „Bankwesen, Finanzen und Handel“ sowie „Raumfahrt, Wissenschaft, Technologie und Kommunikation“ als sogenannte „hard policy issues“ identifiziert (Bäck, Debus und Müller 2014, S. 510). Überraschenderweise wird Außen- und Verteidigungspolitik durch Bäck, Debus und Müller nicht als „hard policy“ definiert, obwohl die dieser Arbeit zugrundeliegende Untersuchung von Reynolds (1999) dieses Themenfeld als solches identifiziert (ebd., S. 564).

Allerdings finden sich in unserer Erhebung, anders als bei Bäck, Debus und Müller (2014), eine signifikant mehrheitliche Thematisierung von „soft policies“ (ebd., S. 510) durch Frauen – etwa zu den Themen Gesundheit (Pflege), Bildung (Studium/Bildung), und Sozialwesen (Familienpolitik). Bäck, Debus und Müller (ebd.) konnten in ihrer Untersuchung bei diesen Thematisierungen keine Unterschiede bezüglich der Häufigkeit von Reden im Bezug auf das Geschlecht feststellen (ebd., S. 512). Wängnerud (2000) fasst in ihrer Untersuchung allerdings zusammen, dass Frauen schon immer die Gruppe waren, die sich in der parlamentarischen Arbeit sozialpolitische Themen am stärksten einsetzten.

Geschlechterspezifische Unterschiede in den Thematisierungen der Bundestagsreden

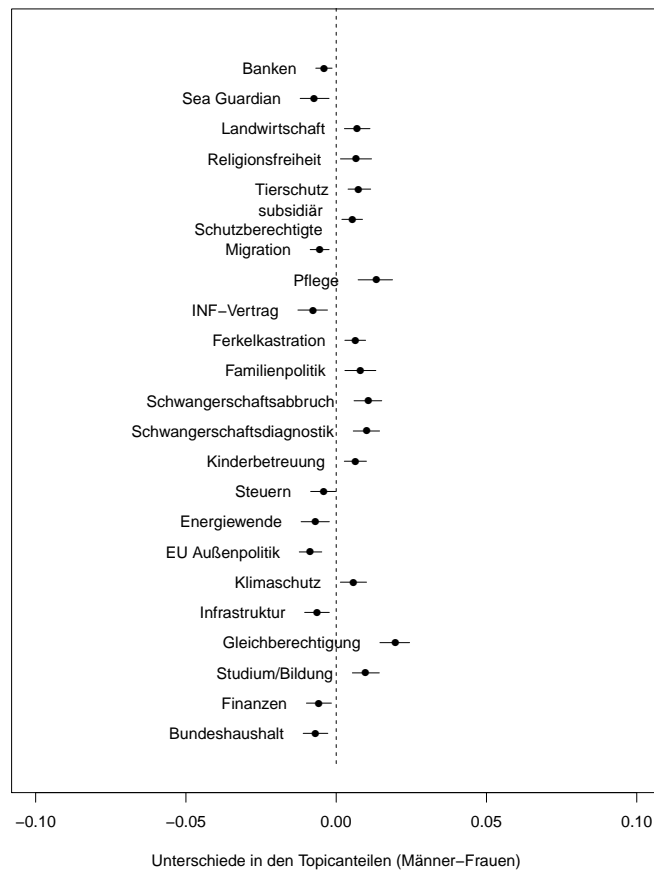


Abbildung 6.3.: Thematisierungen in den Parlamentsdebatten mit signifikanten Unterschieden zwischen den Geschlechtern. Diese Abbildung zeigt die Punktschätzung und das 80% Konfidenzintervall der mittleren Differenz der Themenanteile. Tangiert das Konfidenzintervall die Nulllinie, gilt das Ergebnis als nicht signifikant.

Die Ergebnisse zeigen, dass unterschiedliche Thematisierungen der Reden von Abgeordneten feststellbar sind – die Nullhypothese H_0 (*Es gibt keine Unterschiede in den Thematisierungen der Reden der Abgeordneten*) kann in Bezug auf das Geschlecht demnach abgelehnt werden. Es findet überwiegend eine Reproduktion von Stereotypen statt – während Männer überwiegend zu „hard policies“ sprechen, findet sich auch ein signifikanter Unterschied bei der Thematisierung von „soft policies“ durch Frauen. Die in dieser Untersuchung gewählte Technik des *structural topic modeling* funktioniert auch ohne eine solche Kategorisierung. Da in dieser Arbeit keine vorherige Identifikation von „hard“ und „soft policies“ vorgenommen wurden, konnten außer-

dem Topics identifiziert werden, welche keine dieser beiden Kategorien zugeordnet werden können: weibliche MPs thematisieren häufiger Klimaschutz, Landwirtschaft und Religionsfreiheit (vgl. Abb. 6.3).

There are particular needs, interests, and concerns that arise from women's experience, and these will be inadequately addressed in a politics that is dominated by men. (Phillips 1998, S. 66).

Es zeigt sich aber auch eine Bestätigung der *politics of presence* von Phillips (ebd.): Die spezifischen Bedürfnisse, Interessen und Bedenken, die sich aus der Erfahrung der Frauen ergeben, werden vor allem von Frauen thematisiert – so zum Beispiel die Themen Schwangerschaftsabbruch und Gleichberechtigung (vgl. Abb. 6.3). Hierbei handelt es sich nicht um die Reproduktion von Stereotypen, sondern die spezifische Wahrnehmung von Themen, welche explizit Frauen betreffen.

6.3. Unterbrechungen

Wie bereits in Kapitel 5.2.3 erwähnt, werden die negativen Unterbrechungen (Lachen, Zuruf, Widerspruch, Gegenruf) untersucht. Hierbei wird darauf geachtet, dass Zwischenrufe von mehreren Personen (vgl. Abb. A.1 - Dr. Alice Weidel wird hier von Michael Grösse-Brömer und Britta Haßelmann unterborchen) als mehrere Unterbrechungen erkannt werden. Problematisch gestaltete sich hier zunächst die unterschiedliche Länge der Reden (vgl. Abb. 6.4a). Das Histogramm zeigt hier zwei Spitzen und eine große Streuung der Länge der Reden (in Wörtern). Dies ist bedingt durch unterschiedliche Regelungen zur Plenardebatte. Während bei der Aussprache im Bundestag laut Geschäftsordnung eine Redezeit von 15 Minuten pro Abgeordneten gilt und auch Ausnahmen mit bis zu 45 Minuten Redezeit zugelassen sind (§ 35 Rededauer) gilt für Debatten während der Aktuellen Stunde (§ 106 Aktuelle Stunde und Beratung der Bundesregierung) und Erklärungen außerhalb der Tagesordnung (§ 32) der Geschäftsordnung des Bundestages (Bundestag 2019) eine Begrenzung der Redezeit auf fünf Minuten. Diese Ausnahmen sowie Begrenzungen zeigen sich deutlich in den Histogrammen.

Wie auch in den vorherigen Auswertungen, werden nur Reden mit mehr als 100

Wörtern untersucht – es wird davon ausgegangen, dass Reden mit weniger als 100 Wörtern vor allem Antworten an das Präsidium sind. Hierbei sind Unterbrechungen kaum möglich und auch nicht zu erwarten.

Es zeigt sich außerdem, dass die Anzahl der Unterbrechungen pro Rede eine rechtsschiefe Verteilung aufweist (vgl. Abb. 6.4b). Die meisten Reden werden nicht unterbrochen, in einer Rede finden sich hingegen 41 Unterbrechungen negativer Natur²⁸. Aus diesen Gründen werden die Anzahl der Unterbrechungen im Verhältnis zur Länge der Reden (in Wörtern) ausgewertet.

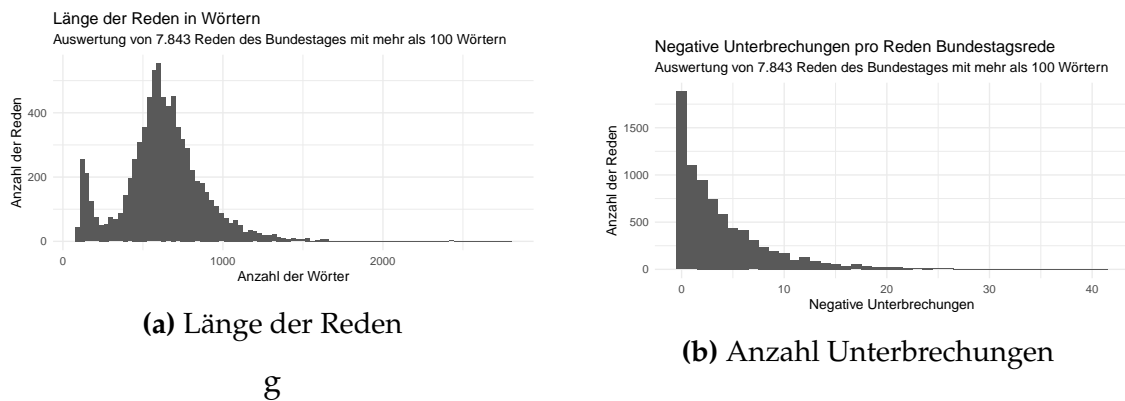


Abbildung 6.4.: Histogramme zu Länge der Reden und Anzahl an negativen Unterbrechungen pro Rede

Eine Auswertung der Boxplots von den Unterbrechungen bezüglich des Geschlechts der Abgeordneten zeigt, dass eine ähnliche Verteilung der Unterbrechungen vorliegt, allerdings auch viele Ausreißer zu beobachten sind (vgl. Abb. 6.5a). Ein Vergleich der Mittelwerte zeigt, dass Männer relativ häufiger unterbrochen werden als Frauen (0,0063 vs. 0,0053). Die Nullhypothese H_0 (*Frauen und Männer werden in den Reden gleich häufig negativ unterbrochen*) kann nicht bestätigt werden, dennoch zeigt der Mittelwertvergleich, dass eine Annahme der H_3 *Frauen werden häufiger als Männer während einer Rede negativ unterbrochen* nicht zulässig ist. Im Gegensatz hierzu lässt sich die Nullhypothese zugunsten einer weiteren Alternativhypothese H_3^a *Männer werden*

²⁸Im weiteren Verlauf wird hier nur von Unterbrechungen gesprochen, gemeint sind hierbei die eingangs beschriebenen Unterbrechungen – also kein unterstützender Beifall. Bei der Rede mit 41 Unterbrechungen handelt es sich um einen Beitrag von Christian Lindner, FDP. Diese außergewöhnlich hohe Anzahl wird auch durch den Abgeordneten selbst thematisiert („Also, Herr Schäuble, ich genieße die Lebhaftigkeit hier im Parlament.“), mit einer Länge der Rede von 2.583 Wörtern handelt es sich aber auch um eine der längsten Reden der Plenardebatte.

häufiger als Frauen während einer Rede negativ unterbrochen widerlegen ($t(5090.35) = 5.49$, $p < .001$, $d = 0.13$).

Die Vermutung, dass Fraktionsvorsitzende häufiger unterbrochen werden als Abgeordnete ohne Vorsitz bestätigt sich bei einem Vergleich der Mittelwerte (vgl. Abb. 6.5b). Allerdings sind auch hier zahlreiche Ausreißer zu beobachten. Ein Vergleich der Fraktionen zeigt, dass die AfD im Durchschnitt häufiger unterbrochen wird als andere Fraktionen (vgl. Abb. 6.6). Die Überprüfung mittels einer Varianzanalyse (Kruskal-Wallis-Test) und ein nachgelagerter Post-Hoc-Test (Bonferroni-Dunn-Test, siehe Kapitel 6.1) zeigen hierbei auf, dass sich die AfD signifikant von allen anderen Fraktionen unterscheidet (vgl. Tab. 6.4).

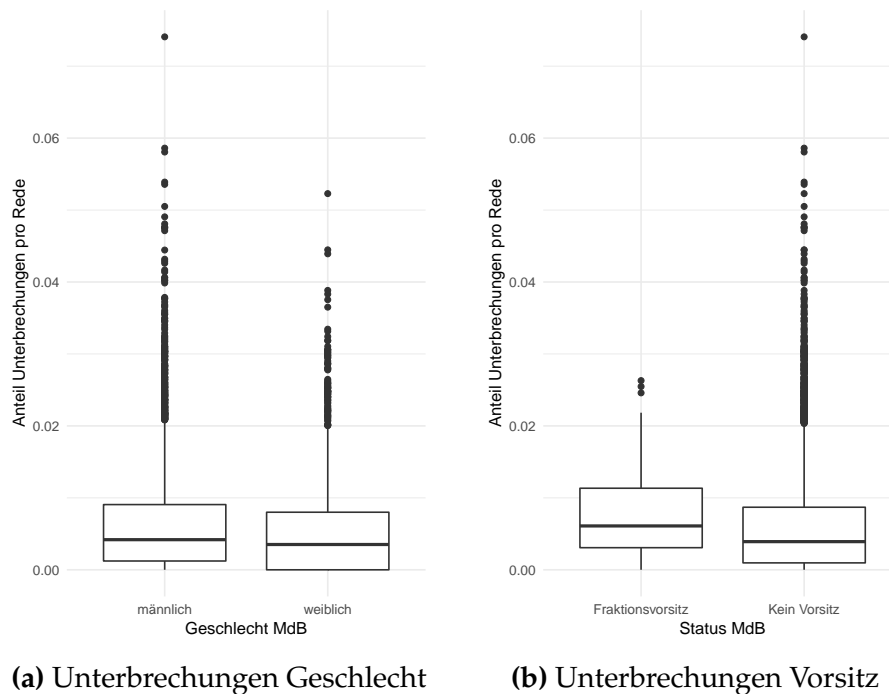


Abbildung 6.5.: Anteil an negativen Unterbrechungen pro Rede im Deutschen Bundestag nach Geschlecht und Fraktionsvorsitz

Abgeordnete der AfD-Fraktion werden somit häufiger als Mitglieder aller anderen Fraktionen mit Zwischenrufen, Gegenrufen, Widerspruch und Auslachen unterbrochen. Eine Begründung hierfür findet sich in der Strategie der AfD im Bundestag. Durch Provokationen und Grenzüberschreitungen versuchen die Rechtspopulisten, möglichst viel Aufmerksamkeit für ihre Beiträge zu generieren (vgl. Ruhose 2019,

3ff.).²⁹ So versucht die AfD beispielsweise das parlamentarische Instrument der Zwischenfrage gezielt für Störungen der Debatte zu nutzen (Ruhose 2019, S. 5). Diese Störungen und Grenzüberschreitungen führen zu zahlreichen Unterbrechungen durch Empörung.

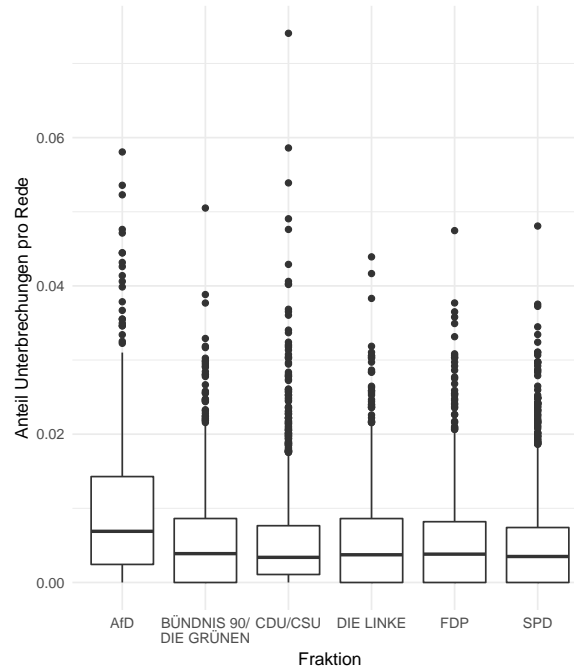


Abbildung 6.6.: Anteil an negativen Unterbrechungen pro Rede im Deutschen Bundestag nach Fraktion

Fraktion	\bar{R}_j	M
AfD	4743.2	a
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	3817.8	b
CDU/CSU	3669.6	b
DIE LINKE	3785.9	b
FDP	3753.5	b
SPD	3631.7	b

Tabelle 6.4.: Post-Hoc Bonferroni-Dunn-Test. Unterschiedliche Buchstaben (M) weisen auf signifikante Unterschiede ($p < 0.05$) bezüglich der Unterbrechungen der jeweiligen Fraktionen hin.

Die Vermutung, dass Frauen eher unterbrochen werden, kann nicht bestätigt werden und sogar das Gegenteil – Männer werden häufiger unterbrochen – ist gegeben.

²⁹Eine Zusammenfassung des Auftretens der AfD im Parlament findet sich bei Ruhose (2019).

Da die AfD besonders häufig unterbrochen wird und diese Fraktion hauptsächlich aus männlichen Abgeordneten besteht (vgl. Tab. 5.2), könnte hier eine Verzerrung durch die Veränderung der Plenardebatten seit Einzug der AfD vorliegen. Eine Untersuchung der Plenardebatten vor dem 19. Deutschen Bundestag und die Veränderung der Debattenkultur durch die AfD könnte für die zukünftige Arbeiten besonders interessant sein.

7. Methodenkritik und Forschungsausblick

Wie bereits in Kapitel 6.1 beschrieben, eignet sich das in diesem Rahmen entwickelte Wörterbuch mit genderinklusiven Begriffen und Formulierungen nicht, um die Nutzung von geschlechterinklusive Sprache in den Plenardebatten zu untersuchen. Die Begriffe sind leider zu unspezifisch (beispielsweise „alle“, „frei“) oder zu spezifisch (beispielsweise „Zauberkraft innehabende Person“ als genderinklusive Variante von „Hexe“) für die Verwendung in dieser Arbeit. Die von Haselmayer und Jenny (2017, S. 2626) angesprochene Problematik der Domänenabhängigkeit zeigt sich besonders deutlich in dieser Erhebung – da die Plenardebatten des Bundestages durch formelle und informelle Regelungen geprägt sind, welche sich von anderen Domänen stark unterscheiden, konnte das Diktionär hier nicht angewendet werden. Es bedarf ein eigenes, basierend auf den Plenardebatten, unter interdisziplinärer Beteiligung von Wissenschaftler*innen entwickeltes Diktionär.

Eine weitere Problematik bezüglich der Untersuchung der Verwendung geschlechterinklusive Sprache ergibt sich aus der Dokumentation durch den Stenografischen Dienst des Bundestages: Eine genderinklusive Ansprache durch *Gender Gaps* (die Betonung mehrerer Geschlechter durch bewusstes pausieren vor geschlechterspezifischen Änderungen, beispielsweise „Student_innen“) wird in den Protokollen lediglich als weibliche Form niedergeschrieben (in diesem Fall beispielsweise „Studentinnen“). Daher ist es mit der hier gewählten Form der automatisierten, diktionärgestützten Textanalyse unmöglich, diese Anwendung genderinklusive Sprache zu erfassen. Dies

wäre lediglich durch die Auswertung von Audio- oder Videodaten der Plenardebatte oder durch eine Erfassung der Sprechweise in den Protokollen möglich.

Diese Feststellungen lassen, zusammen mit den Problematiken des Diktionärs, darauf schließen, dass die vorliegende Auswertung zur Nutzung von GFL nicht aussagekräftig ist. Wenngleich eine hohe Signifikanz in dem hier verwendeten Modell festgestellt werden konnte, ist die methodologische Konzeption zu fehleranfällig um an den vorliegenden Ergebnisse festzuhalten. Die weitere Konzeption, Ausarbeitung und Bereitstellung eines domänenbezogenen Diktionärs (inklusive *GFL-Begriffe* und *GFL-Formulierungen*) für zukünftige Forschung ist unumgänglich um eine zukünftige Analyse der notwendigen Verwendung von GFL zu ermöglichen und zu fördern.

Die in dieser Arbeit genutzte Methodik zur automatisierten Erfassung der Themen mittels des *structural topic model* erscheint vielversprechend. Im Rahmen dieser Erhebung konnten valide, nachvollziehbare und reproduzierbare Ergebnisse erzielt werden, welche die bisherigen Forschungserkenntnisse untermauern und erweitern. Dem von Bäck und Debus (2018, S. 18) geäußerten Aufruf, an Datenbanken zu arbeiten, welche weitere umfassende Untersuchung von Reden ermöglichen, wird nachgekommen indem alle im Rahmen dieser Arbeit erfassten Auswertungen öffentlich zur Verfügung stehen.³⁰ Leider liegen nur die Protokolle des 19. Bundestages in einem für diese Arbeit erfassbaren Format vor. Zwar wurden alle Protokolle seit 1945 in ein XML-Format überführt, allerdings wurden hier beispielsweise nicht die Kommentare des Stenografischen Dienst zu Unterbrechungen sowie weitere Metadaten in die XML-Dokumente eingepflegt – eine solche Ergänzung des *OpenData-Portals*³¹ des Bundestages würde es ermöglichen, die Reden seit der ersten Plenardebatte zu untersuchen.

Bezüglich der Auswertung der Unterbrechungen wurden die Ergebnisse der bisherigen Forschung nicht bestätigt – allerdings wurde in der dieser Hypothese zugrundeliegenden Arbeit von Erikson und Josefsson (2018) eine Untersuchung weit über die Plenardebatten hinaus durchgeführt. Erikson und Josefsson befragten MPs unter anderem nach Diskriminierungserfahrungen, Belastung und Stress:

³⁰ Alle Daten können über Github eingesehen und heruntergeladen werden. https://github.com/holnburger/geschlechterunterschiede_bundestag

³¹ <https://www.bundestag.de/services/opendata>

„[W]e asked the MPs: how often they get interrupted in meetings; if their looks and appearance are commented upon; do other legislators receive credit for their ideas and/or work; if their private priorities are questioned by other MPs; how often other MPs tell sexist jokes; and how often they receive encouragement from other MPs and their party leadership. While these items by no means cover all aspects of interactions among MPs, they provide an indication of the working environment within the parliament as legislators experience it.“ (Erikson und Josefsson 2018, S. 205)

Eine solche Analyse ermöglicht eine viel tiefgreifendere Analyse möglicher Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsplatz Parlament. Eine Untersuchung der Unterbrechung von Frauen in den Plenardebatten bedient deshalb nur einen kleinen Teil der Untersuchung möglicher Diskriminierung. Außerdem handelt es sich bei den Debatten im Plenum nur um eines von vielen Arbeitsfeldern der MPs. Zu vielen weiteren Arbeitsfeldern sind die Daten entweder nicht öffentlich oder gar nicht verfügbar – etwa Fraktionssitzungen, Entscheidungen der Parteivorsitzenden, die Arbeit in Ausschüssen oder die kollegiale Behandlung im Arbeitsumfeld. Auch wenn quantitative Auswertungen mit großen Datensätzen und automatisierten Elementen eine Vielzahl von Untersuchungen zulassen – qualitative Untersuchungen und Befragungen könnten bei diesem Untersuchungsgegenstand möglicherweise validere Ergebnisse zu Formen der Diskriminierung von Frauen in der Politik hervorbringen.

Allerdings können mit den hier genutzten, quantitativen Verfahren auch noch weitere interessante Forschungsfragen beantwortet werden. So wurde in dieser Erhebung nicht untersucht, welche Personen, Fraktionen oder Gruppen besonders häufig andere Redner*innen unterbrechen. Ursprünglich sollte auch untersucht werden, bei welchen Themen und welchen Redner*innen beispielsweise besonders viele Rückfragen gestellt werden. Hier könnten auch explorativ interessante Erkenntnisse erhoben werden.

8. Fazit

„Gender equal representation is not only about the proportion of men and women legislators or the outcomes of politics“ (Erikson und Josefsson 2018, S. 197)

Wie Erikson und Josefsson (ebd.) in dem obigen Zitat prägnant formulieren, umfasst eine geschlechtergerechte Repräsentation mehr als nur die Anzahl der Sitze von Frauen in Parlamenten. Eine geschlechtergerechte Repräsentation (auf politischer, parlamentarischer Ebene) ist höchst komplex, da sie sowohl interne und externe Strukturen als auch Verhaltensmuster, Sprachgewohnheiten und weitere Geflogenheiten mit einbeziehen sollte. Im Rahmen dieser Arbeit wurden deshalb folgende Dimensionen untersucht:

- Ebene A: Repräsentation von Frauen im Parlament
- Ebene B: Beteiligung von weiblichen MPs an den Parlamentsdebatten
- Ebene C: Berücksichtigung von Frauen in der Sprache der Parlamentsdebatten
- Ebene D: Vermeidung von geschlechtsbezogenen Stereotypen
- Ebene E: Verhinderung von frauenfeindlichen Verhaltensmustern

Die Theorie des *workplace approach* von Erikson und Josefsson (ebd.) und das Konzept der „*culture of masculinity*“ von Lovenduski (2005) sowie Erikson und Josefsson (2018) bilden dabei das Fundament der Untersuchung. Eine geschlechtergerechte Repräsentation kann nicht nur ausschließlich daran gemessen, ob die gleiche Anzahl an Frauen und Männern im Parlament vertreten ist (A). Das legislative Arbeitsumfeld für sich genommen ist ebenso wichtig, wie die Möglichkeiten der weiblichen MPs die Ergebnisse zu beeinflussen „(*workplace approach*)“. Sowohl die Beteiligung von weiblichen MPs an den Parlamentsdebatten (B), die Berücksichtigung von Frauen in der Sprache der Parlamentsdebatten (C) die Vermeidung von geschlechtsbezogenen Stereotypen (D) als auch die Verhinderung von frauenfeindlichen Verhaltensmustern (E) müssen hierbei betrachtet werden. Innerhalb des Arbeitsumfelds können informelle

Praktiken und Normen der *culture of masculinity* als Hindernis für die Schaffung eines geschlechtergerechten Arbeitsumfeldes fungieren (Erikson und Josefsson 2018, S. 200).

Die Forderungen einer deskriptiven parlamentarischen Geschlechtergleichheit haben ebenso wie die Forderungen nach substantieller Geschlechtergleichheit bereits ihre Wege in die wissenschaftliche Diskussion und in die Politik gefunden. Einer geschlechtergerechten Sprache sowie dem geschlechtsbezogenen Verhalten im Parlament wurde bisher allerdings weniger Aufmerksamkeit gewidmet. Nachfolgend sollen die Ergebnisse dieser Arbeit in den jeweiligen Dimensionen zusammengefasst werden.

Ebene A: Repräsentation von Frauen im Parlament

Im Deutschen Bundestag sind 222 Frauen vertreten. Die Größe des Bundestags umfasst 709 Sitze. Somit sind Frauen im derzeitigen Parlament unterrepräsentiert (31,8 Prozent). Eine deskriptive Repräsentation wurde bisher nicht erreicht und hat sich in den vergangenen Jahren sogar verschlechtert.

Ebene B: Beteiligung von weiblichen MPs an den Parlamentsdebatten

Vom 24. Oktober 2017 bis zum 12. April 2019 wurden 5.719 Reden von männlichen und 2.575 Reden von weiblichen MPs gehalten. Während die absoluten Zahlen zeigen, dass Frauen weniger Reden im Parlament halten, liegt der relative Anteil an Reden von weiblichen MPs mit 31,0 Prozent nur marginal unter dem Frauenanteil im Bundestag (31,8 Prozent). Demnach nehmen Frauen *in Relation zu ihren Sitzanteilen* gleich viel an den Parlamentsdebatten teil wie männliche MPs.

Ebene C: Berücksichtigung von Frauen in der Sprache der Parlamentsdebatten

Ob Frauen in der Parlamentsdebatte durch eine genderinklusive Sprache Berücksichtigung finden, konnte mit dieser Arbeit nicht abschließend und eindeutig geklärt werden. Da die zugrundeliegenden Daten, welche eine solche Überprüfung ermöglichen sollten, sich als nicht geeignet für den Untersuchungsgegenstand herausstellten, müssen hierzu weitere Forschungen und Erhebungen durchgeführt werden. Hierbei

benötigt es vor allem eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Linguist*innen und Informatiker*innen, um ein geeignetes Werkzeug für diese Untersuchung zu entwickeln. Eine Basis hierfür kann das im Rahmen dieser Arbeit entwickelte Wörterbuch zu genderinklusive Sprache darstellen.

Ebene D: Vermeidung von geschlechtsbezogenen Stereotypen

Ein signifikanter Unterschied in der Thematisierung der Reden durch männliche und weibliche Abgeordnete konnte in dieser Arbeit festgestellt werden. Dabei konnten bisherige Untersuchungen überwiegend reproduziert werden. Während Frauen signifikant häufiger zu den Themen Erziehung, soziale Sicherung und Bildung sprechen, reden männliche Abgeordnete häufiger über Wirtschaft, Energie, Infrastruktur sowie Verteidigungs- und Außenpolitik. Eine solche Trennung reproduziert möglicherweise in der Gesellschaft verankerte Stereotypen. Da Parlamentsdebatten nicht nur ein wichtiges Instrument für die Gesetzgebung darstellen, sondern ebenfalls an der öffentlichen Meinungsbildung mitwirken (Dahlerup 2018, S. 188), kann eine solche Trennung Stereotypen manifestieren. Dennoch ist ebenso festzuhalten, dass durchaus spezifische Bedürfnisse, Interessen und Bedenken existieren, welche überwiegend oder ausschließlich Frauen betreffen – und deshalb auch überwiegend durch diese im Bundestag debattiert und adressiert werden. Beispielhaft seien hier die Themen Schwangerschaftsabbruch und Gleichstellung genannt (vgl. Abb. 6.3).

Ebene E: Verhinderung von frauenfeindlichen Verhaltensmustern

Basierend auf den Untersuchungsergebnissen von Erikson und Josefsson (2018) wurde vermutet, dass weibliche MPs häufiger als männliche MPs in den Parlamentsdebatten unterbrochen werden und somit möglicherweise ein frauenfeindliches Verhaltensmuster zu erkennen wäre. Ein solches Verhalten konnte im 19. Deutschen Bundestag nicht beobachtet werden. Die Ergebnisse deuten sogar darauf hin, dass männliche Abgeordnete signifikant häufiger unterbrochen werden – es zeigt sich allerdings nur ein marginaler Unterschied zwischen den beiden Gruppen. Im Rahmen dieser Arbeit wurde allerdings nur ein sehr kleiner Aspekt möglicher frauenfeindlicher Verhaltensmuster untersucht. Die Ergebnisse von Erikson und Josefsson (ebd.) zeigen,

dass viele Diskriminierungsmuster vermutlich nicht öffentlich sichtbar sind und deshalb die Methoden, wie sie in dieser Arbeit gewählt wurden, vermutlich weniger geeignet sind, um solche Verhaltensmuster zu entdecken.

Die derzeitige Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und Europa könnte die bisherigen Errungenschaften bezüglich der Partizipation von Frauen gefährden. So zeichnet sich die im Rahmen dieser Arbeit thematisierte AfD etwa dadurch aus, dass sie in ihrem Wahlprogramm geschlechtergerechter Sprache und *gender mainstreaming* gänzlich ablehnt. Von allen Parteien hebt sie sich außerdem durch den geringsten Anteil an Frauen ab.

Diese Entwicklungen weisen darauf hin, dass es auch in Zukunft notwendig ist, sich mit mangelnder Repräsentation von Frauen in demokratischen Institutionen auseinanderzusetzen. Diese Arbeit soll dabei die bisherige Forschung durch die Nutzung innovativer Methoden ergänzen. Die automatisierte Erfassung von Themen und Stimmungen in großen Datensätzen kann möglicherweise nicht nur die Forschung erweitern, sondern bestenfalls auch bisher unbekannte Zusammenhänge und Wirkungen aufzeigen – und möglicherweise auch anderen marginalisierten Gruppen zu einer besseren Repräsentation verhelfen.

„Although women remain significantly under-represented in today’s parliaments, they are now looking beyond the numbers to focus on what they can actually do while in parliament — how they can make an impact, whatever their numbers may be. They are learning the rules of the game and using this knowledge and understanding to promote women’s issues and concerns from inside the world’s legislatures. In so doing, they are not only increasing the chances of their own success, but they are also paving the way for a new generation of women to enter the legislative process.“ (Lovenduski 2015, S. 3)

A. Anhang

11560

Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 96. Sitzung. Berlin, Freitag, den 12. April 2019

Dr. Alice Weidel

- (A) Die Abwertung der nationalen Parlamente ist keine Kinderkrankheit, sondern eine beabsichtigte Grundsatzentscheidung. Doch wer die Nation und ihre Demokraten überwinden will, strebt eine andere Herrschaftsform an,

(Karin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und jetzt die Spender!)

nämlich das Imperium, geführt von demokratisch nicht legitimierten Entscheidungsträgern.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt mal Mut zur Wahrheit!)

Und in dieser unseligen Vorstellung von Europa, die wir nicht teilen, werden die Nationalstaaten immer mehr des Politischen entkleidet und auf den Rang von Provinzen zurückgestuft. Ein solcher Einheitsbundesstaat ist undemokratisch, weil er notwendigerweise mit Konsensproblemen konfrontiert ist, die nur in einer kleinräumigeren Weise, in kleineren Einheiten zu vollziehen ist.

Der Nationalstaat ist klein genug, um Identifikationsprozesse bei den Bürgern auszulösen, ohne die ein Gemeinwesen nicht bestehen kann, und er ist groß genug, um die Souveränität des Gemeinwesens nach innen und außen durchzusetzen. Der Nationalstaat ist deshalb unverzichtbar, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

- (B) Ohne ihn lassen sich nämlich Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und gesellschaftliche Solidarität nicht organisieren. Und zurück zur EU-Ebene: Die Nationalstaaten sind Herren der Verträge. Sie sind die einzige Quelle demokratischer Legitimität. Aber das wird nicht praktiziert.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer will das Europaparlament abschaffen?)

Eine beliebte Methode, die nationalen Parlamente zu umgehen, ist, den Ausbau der Union durch Richtlinien und Verordnungen weiter voranzubringen. Mehr als 80 Prozent aller Gesetze kommen aus Brüssel, hat Bundespräsident Herzog einst festgestellt. Ein Beispiel: die EU-Verordnung, Ratsdokumentennummer 1421/17, zur Festlegung von Emissionsnormen für Personenkraftwagen. Die EU will neue Verbrauchstests für Pkws einführen. Dabei sind die Grenzwerte so niedrig gewählt, dass diese Verordnung einem Verbot des Verbrennungsmotors gleichkommt. Jeder siebte Arbeitsplatz hierzulande, sehr geehrte Damen und Herren, hängt direkt oder indirekt an der Automobilindustrie. Wir als AfD-Fraktion haben uns vor etwas mehr als einem Jahr dafür eingesetzt, dass sich Deutschland gegen diese zerstörerische Verordnung aus Brüssel mit einer Subsidiaritätsrüge wehrt, und Sie alle haben das abgelehnt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist die Abschaffung einer Schlüsselindustrie in Deutschland.

(C) Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir als AfD wollen die Wettbewerbsfähigkeit, die Solidität, den Sozialstaat und unseren Wohlstand sichern.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Mit Salvini! – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen Europa abschaffen! Ich denke, Sie wollen den Euro abschaffen!)

Und ganz ehrlich: Bei Ihnen allen bin ich mir nicht so sicher, ob Sie das auch wollen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Solides Handeln mit Salvini!)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Katja Leikert, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Katja Leikert (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem Frau Weidel einen der erfolgreichsten Wirtschaftsräume der Welt wieder in Grund und Boden geredet hat, muss man sich erst mal ein bisschen sammeln.

(D) Wir tun in der Politik so, als müsse man über Europa immer Grundsatzdebatten führen oder historisierend pseudophilosophische Ausführungen machen, wie das Herr Gauland macht.

(Jürgen Braun [AfD]: Ja, das kriegen Sie nicht hin! Das Niveau erreichen Sie nicht bei der Union! Die Zeiten sind vorbei!)

Man spricht von Europa als „Projekt“, als „Modell“ und gar in Sonntagsreden. In vielen aktuellen Konflikten und Debatten helfen aber kein erhobener Zeigefinger und kein moralischer Gestus bzw., um einmal Cem Özdemir zu zitieren:

(Jürgen Braun [AfD]: Ausgerechnet! Das haben Sie auch noch nötig! Gehen Sie doch gleich zu den Grünen! Lösen Sie die CDU doch auf, und gehen Sie zu den Grünen!)

Da helfen auch keine Yogamatten.

Die Welt ist tatsächlich im Umbruch. Nichts ist mehr selbstverständlich, weder Wohlstand noch Sicherheit und Frieden. In dieser Zeit wissen die Europäerinnen und Europäer ganz genau, was sie an der Europäischen Union haben. Mehr als 80 Prozent der Deutschen finden die Mitgliedschaft in der Europäischen Union gut.

(Zuruf des Abg. Jürgen Braun [AfD])

– Hören Sie einfach mal ein bisschen zu, und nehmen Sie das zur Kenntnis. Sie klatschen lieber dem Brexit Beifall, und neuerdings – oder wahrscheinlich schon immer – unterstützen Sie auch Russland in seinen Aktionen, die Europäische Union zu destabilisieren. Ich halte es wirklich

Abbildung A.1.: Auszug des Plenarprotokolls 19/96 von 12.04.2016

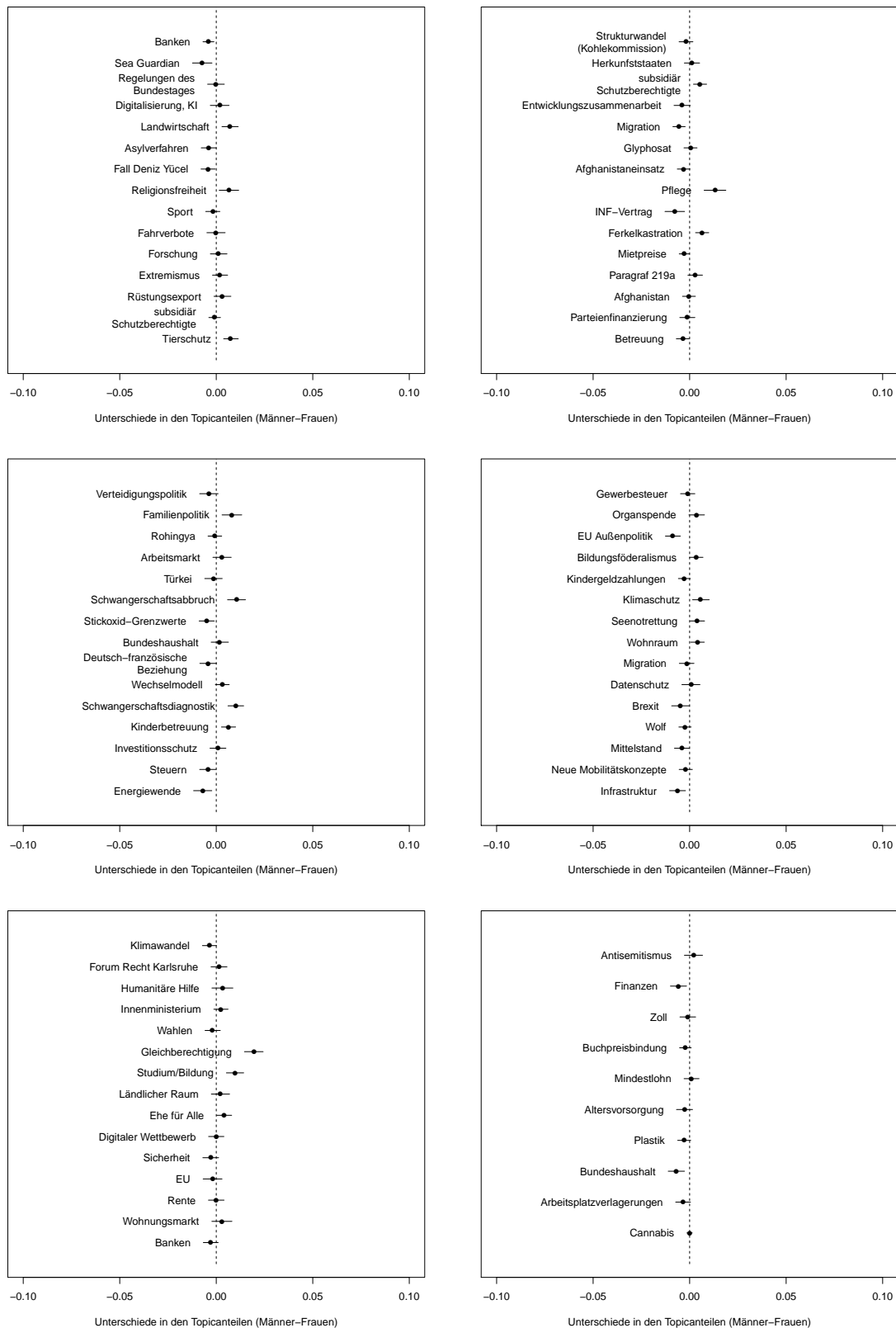


Abbildung A.2.: Thematisierungen in den Parlamentsdebatten nach Geschlecht der Abgeordneten. Diese Abbildung zeigt die Punktschätzung und das 80% Konfidenzintervall der mittleren Differenz der Themenanteile. Tangiert das Konfidenzintervall die Nulllinie, gilt das Ergebnis als nicht signifikant.

Literaturverzeichnis

- Acker, Joan (Juni 1990). „HIERARCHIES, JOBS, BODIES: A Theory of Gendered Organizations“. In: *Gender & Society* 4.2, S. 139–158. ISSN: 0891-2432, 1552-3977. DOI: 10.1177/089124390004002002. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1177/089124390004002002> (besucht am 03.03.2019).
- AfD (23. Apr. 2017). *AfD Bundestagswahlprogramm Onlinefassung*. URL: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (besucht am 03.04.2019).
- Airolidi, Edoardo M. und Jonathan M. Bischof (Okt. 2016). „Improving and Evaluating Topic Models and Other Models of Text“. In: *Journal of the American Statistical Association* 111.516, S. 1381–1403. ISSN: 0162-1459, 1537-274X. DOI: 10.1080/01621459.2015.1051182. URL: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01621459.2015.1051182> (besucht am 13.01.2019).
- Bäck, Hanna und Marc Debus (2016). *Political Parties, Parliaments and Legislative Speech-making*. OCLC: 948628739. Basingstoke, Hampshire New York, NY: Palgrave Macmillan. 192 S. ISBN: 978-1-137-48455-0.
- Bäck, Hanna und Marc Debus (31. Juli 2018). „When Do Women Speak? A Comparative Analysis of the Role of Gender in Legislative Debates“. In: *Political Studies*, S. 0032321718789358. ISSN: 0032-3217. DOI: 10.1177/0032321718789358. URL: <https://doi.org/10.1177/0032321718789358> (besucht am 30.11.2018).
- Bäck, Hanna, Marc Debus und Jochen Müller (2014). „Who Takes the Parliamentary Floor? The Role of Gender in Speech-Making in the Swedish "Riksdag"“. In: *Political Research Quarterly* 67.3, S. 504–518. ISSN: 1065-9129. URL: <https://www.jstor.org/stable/24371888> (besucht am 12.11.2018).
- Backfried, Gerhard und Gayane Shalunts (2016). „Sentiment Analysis of Media in German on the Refugee Crisis in Europe“. In: *Information Systems for Crisis Response and Management in Mediterranean Countries*. Hrsg. von Paloma Díaz et al. Lecture Notes in Business Information Processing. Springer International Publishing, S. 234–241. ISBN: 978-3-319-47093-1.
- Backhaus, Klaus et al. (2016). *Multivariate Analysemethoden: eine anwendungsorientierte Einführung*. 14., überarbeitete und aktualisierte Auflage. OCLC: 931122413. Berlin Heidelberg: Springer Gabler. 647 S. ISBN: 978-3-662-46075-7.
- Baekgaard, Martin und Ulrik Kjaer (Dez. 2012). „The Gendered Division of Labor in Assignments to Political Committees: Discrimination or Self-Selection in Danish Local Politics?“ In: *Politics & Gender* 8.04, S. 465–482. ISSN: 1743-923X, 1743-9248. DOI: 10.1017/S1743923X12000499. URL: http://www.journals.cambridge.org/abstract_S1743923X12000499 (besucht am 04.04.2019).
- Beckwith, Karen und Kimberly Cowell-Meyers (Sep. 2007). „Sheer Numbers: Critical Representation Thresholds and Women’s Political Representation“. In: *Perspectives on Politics* 5.03, S. 553. ISSN: 1537-5927, 1541-0986. DOI: 10.1017/S153759270707154X. URL: http://www.journals.cambridge.org/abstract_S153759270707154X (besucht am 03.03.2019).

- Bjarnegard, Elin (2013). *Gender, Informal Institutions and Political Recruitment: Explaining Male Dominance in Parliamentary Representation*. OCLC: 915413728. Basingstoke: Palgrave Macmillan. ISBN: 978-0-230-36926-9.
- Blaxill, Luke und Kaspar Beelen (Sep. 2016). „A Feminized Language of Democracy? The Representation of Women at Westminster since 1945“. In: *Twentieth Century British History* 27.3, S. 412–449. ISSN: 0955-2359, 1477-4674. DOI: 10.1093/tcbh/hww028. URL: <https://academic.oup.com/tcbh/article-lookup/doi/10.1093/tcbh/hww028> (besucht am 06.01.2019).
- Blei, David M. (1. Apr. 2012). „Probabilistic Topic Models“. In: *Communications of the ACM* 55.4, S. 77. ISSN: 00010782. DOI: 10.1145/2133806.2133826. URL: <http://dl.acm.org/citation.cfm?doid=2133806.2133826> (besucht am 13.01.2019).
- Bolzendahl, C. und C. Brooks (1. Juni 2007). „Women’s Political Representation and Welfare State Spending in 12 Capitalist Democracies“. In: *Social Forces* 85.4, S. 1509–1534. ISSN: 0037-7732, 1534-7605. DOI: 10.1353/sof.2007.0061. URL: <https://academic.oup.com/sf/article-lookup/doi/10.1353/sof.2007.0061> (besucht am 02.04.2019).
- Brescoll, Victoria L. (1. Dez. 2011). „Who Takes the Floor and Why: Gender, Power, and Volubility in Organizations“. In: *Administrative Science Quarterly* 56.4, S. 622–641. ISSN: 0001-8392. DOI: 10.1177/0001839212439994. URL: <https://doi.org/10.1177/0001839212439994> (besucht am 11.01.2019).
- Brosius, Hans-Bernd, Alexander Haas und Friederike Koschel (2012). „Inhaltsanalyse III: Automatisierte Inhaltsanalyse“. In: *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung*. Hrsg. von Hans-Bernd Brosius, Alexander Haas und Friederike Koschel. Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161–168. ISBN: 978-3-531-94214-8. DOI: 10.1007/978-3-531-94214-8_10. URL: https://doi.org/10.1007/978-3-531-94214-8_10 (besucht am 28.04.2019).
- Broughton, Sharon und Sonia Palmieri (März 1999). „Gendered Contributions to Parliamentary Debates: The Case of Euthanasia“. In: *Australian Journal of Political Science* 34.1, S. 29–45. ISSN: 1036-1146, 1363-030X. DOI: 10.1080/10361149950443. URL: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/10361149950443> (besucht am 10.04.2019).
- Bundestag (19. Mai 2015). *Bundestags-Plenar-Protokolle Im XML-Format: Aufbau Der Strukturdefinition – DTD*. URL: https://www.bundestag.de/resource/blob/577234/f9159cee3e045cbc37dcd6de6322fcdd/dbtplenarprotokoll_kommentiert-data.pdf (besucht am 04.01.2019).
- Bundestag (3. Jan. 2019). *Deutscher Bundestag - Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages*. URL: https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg (besucht am 22.04.2019).
- Burgess, Diana und Eugene Borgida (1999). „Who Women Are, Who Women Should Be: Descriptive and Prescriptive Gender Stereotyping in Sex Discrimination.“ In: *Psychology, Public Policy, and Law* 5.3, S. 665–692. ISSN: 1076-8971. DOI: 10.1037/1076-8971.5.3.665. URL: <http://doi.apa.org/getdoi.cfm?doi=10.1037/1076-8971.5.3.665> (besucht am 03.03.2019).
- Bußmann, Hadumod und Marlis Hellinger (2003). „German. Engendering Female Visibility in German“. In: *IMPACT: Studies in Language and Society*. Hrsg. von Marlis

- Hellinger und Hadumod Bußmann. Bd. 11. Amsterdam: John Benjamins Publishing Company, S. 141–174. ISBN: 978-90-272-1844-5. DOI: 10.1075/impact.11.10bus. URL: <https://benjamins.com/catalog/impact.11.10bus> (besucht am 06.05.2019).
- Carroll, Susan J (2001). *The Impact of Women in Public Office*. OCLC: 51103034. Bloomington: Indiana University Press. ISBN: 978-0-253-10906-4. URL: <http://public.eblib.com/choice/publicfullrecord.aspx?p=127779> (besucht am 02.04.2019).
- Caul, Miki (2001). „Political Parties and the Adoption of Candidate Gender Quotas: A Cross-National Analysis“. In: *The Journal of Politics* 63.4, S. 1214–1229. ISSN: 00223816, 14682508.
- Celis, Karen, Sarah Childs et al. (Juli 2008). „Rethinking Women’s Substantive Representation“. In: *Representation* 44.2, S. 99–110. ISSN: 0034-4893, 1749-4001. DOI: 10.1080/00344890802079573. URL: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/00344890802079573> (besucht am 06.01.2019).
- Celis, Karen und Joni Lovenduski (13. Juli 2018). „Power Struggles: Gender Equality in Political Representation“. In: *European Journal of Politics and Gender* 1.1, S. 149–166. ISSN: 2515-1088. DOI: 10.1332/251510818X15272520831085. URL: <http://www.ingentaconnect.com/content/10.1332/251510818X15272520831085> (besucht am 13.03.2019).
- Childs, Sarah (Feb. 2004). „A Feminised Style of Politics? Women MPs in the House of Commons“. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 6.1, S. 3–19. ISSN: 1369-1481, 1467-856X. DOI: 10.1111/j.1467-856X.2004.00124.x. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1111/j.1467-856X.2004.00124.x> (besucht am 03.03.2019).
- Childs, Sarah (2016). *The Good Parliament. Report to House of Commons*. URL: <https://www.bristol.ac.uk/media-library/sites/news/2016/july/20%20Jul%20Prof%20Sarah%20Childs%20The%20Good%20Parliament%20report.pdf>.
- Childs, Sarah und Mona Lena Krook (Okt. 2008). „Critical Mass Theory and Women’s Political Representation“. In: *Political Studies* 56.3, S. 725–736. ISSN: 0032-3217, 1467-9248. DOI: 10.1111/j.1467-9248.2007.00712.x. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1111/j.1467-9248.2007.00712.x> (besucht am 22.04.2019).
- Childs, Sarah und Joni Lovenduski (12. März 2013). *Political Representation*. Oxford University Press. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780199751457.013.0019. URL: <http://oxfordhandbooks.com/view/10.1093/oxfordhb/9780199751457.001.0001/oxfordhb-9780199751457-e-19> (besucht am 13.03.2019).
- Coffe, H. und K. Schnellecke (2013). *Female Representation in German Parliamentary Committees. 1972–2009*. URL: <https://ecpr.eu/filestore/paperproposal/24876915-576b-42af-a5e8-55630fb57038.pdf>.
- Coffé, Hilde und Catherine Bolzendahl (März 2010). „Same Game, Different Rules? Gender Differences in Political Participation“. In: *Sex Roles* 62.5-6, S. 318–333. ISSN: 0360-0025, 1573-2762. DOI: 10.1007/s11199-009-9729-y. URL: <http://link.springer.com/10.1007/s11199-009-9729-y> (besucht am 07.03.2019).
- Dahlerup, Drude (Dez. 1988). „From a Small to a Large Minority: Women in Scandinavian Politics“. In: *Scandinavian Political Studies* 11.4, S. 275–298. ISSN: 0080-6757, 1467-9477. DOI: 10.1111/j.1467-9477.1988.tb00372.x. URL: <http://doi.wiley.com/10.1111/j.1467-9477.1988.tb00372.x> (besucht am 03.03.2019).

- Dahlerup, Drude (Dez. 2006). „The Story of the Theory of Critical Mass“. In: *Politics & Gender* 2.4, S. 511–522. ISSN: 1743-9248, 1743-923X. DOI: 10.1017/S1743923X0624114X. URL: <https://www.cambridge.org/core/journals/politics-and-gender/article/story-of-the-theory-of-critical-mass/592171C05B9B828DBBDCC121B05780D4> (besucht am 30.11.2018).
- Dahlerup, Drude (Juni 2018). „Gender Equality as a Closed Case: A Survey among the Members of the 2015 Danish Parliament“. In: *Scandinavian Political Studies* 41.2, S. 188–209. ISSN: 00806757. DOI: 10.1111/1467-9477.12116. URL: <http://doi.wiley.com/10.1111/1467-9477.12116> (besucht am 07.03.2019).
- Dahlerup, Drude und Lenita Freidenvall (März 2005). „Quotas as a ‘Fast Track’ to Equal Representation for Women: Why Scandinavia Is No Longer the Model“. In: *International Feminist Journal of Politics* 7.1, S. 26–48. ISSN: 1461-6742, 1468-4470. DOI: 10.1080/1461674042000324673. URL: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/1461674042000324673> (besucht am 03.03.2019).
- Dahlerup, Drude und Monique Leijenaar, Hrsg. (2013). *Breaking Male Dominance in Old Democracies*. OCLC: ocn828415661. Oxford: Oxford University Press. 325 S. ISBN: 978-0-19-965389-8.
- Diaz-Bone, Rainer (2018). *Statistik für Soziologen*. Unter Mitarb. von Uni-Taschenbücher GmbH. 3., erweiterte Auflage. UTB basics 2782. OCLC: 1015206385. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH. 313 S. ISBN: 978-3-8252-4880-2.
- Eagly, Alice H. und Steven J. Karau (Juli 2002). „Role Congruity Theory of Prejudice toward Female Leaders“. In: *Psychological Review* 109.3, S. 573–598. ISSN: 0033-295X.
- Ennser-Jedenastik, Laurenz (2017). „The Social Policy Gender Gap among Political Elites: Testing Attitudinal Explanations“. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 24.3, S. 248–268. ISSN: 1072-4745, 1468-2893. DOI: 10.1093/sp/jxx005. URL: <http://academic.oup.com/sp/article/24/3/248/3926546/The-Social-Policy-Gender-Gap-among-Political> (besucht am 13.03.2019).
- Erikson, Josefina und Cecilia Josefsson (2. Jan. 2018). „The Legislature as a Gendered Workplace: Exploring Members of Parliament’s Experiences of Working in the Swedish Parliament.“ In: *International Political Science Review*. DOI: 10.1177/0192512117735952. URL: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0192512117735952> (besucht am 11.01.2019).
- Galligan, Yvonne (Nov. 2007). „Gender and Political Representation: Current Empirical Perspectives“. In: *International Political Science Review* 28.5, S. 557–570. ISSN: 0192-5121, 1460-373X. DOI: 10.1177/0192512107082100. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0192512107082100> (besucht am 07.03.2019).
- Galligan, Yvonne und Petra Meier (Juli 2016). „The Gender-Sensitive Parliament: Recognising the Gendered Nature of Parliaments“. In: IPSA World Congress. Poznan, Poland.
- Gaucher, Danielle, Justin Friesen und Aaron C. Kay (2011). „Evidence That Gendered Wording in Job Advertisements Exists and Sustains Gender Inequality.“ In: *Journal of Personality and Social Psychology* 101.1, S. 109–128. ISSN: 1939-1315, 0022-3514. DOI: 10.1037/a0022530. URL: <http://doi.apa.org/getdoi.cfm?doi=10.1037/a0022530> (besucht am 06.05.2019).
- Geese, Lucas (11. Jan. 2019). „Immigration-Related Speechmaking in a Party-Constrained Parliament: Evidence from the ‘Refugee Crisis’ of the 18th German Bundestag (2013–2017)“.

- In: *German Politics*. ISSN: 10.1080/09644008.2019.1566458. URL: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09644008.2019.1566458> (besucht am 28.04.2019).
- Grajzl, Peter und Peter Murrell (1. Juli 2018). *A Structural Topic Model of the Features and the Cultural Origins of the Baconian Program*. SSRN Scholarly Paper ID 2976290. Rochester, NY: Social Science Research Network. URL: <https://papers.ssrn.com/abstract=2976290> (besucht am 08.05.2019).
- Grajzl, Peter und Peter Murrell (1. März 2019). „Toward Understanding 17th Century English Culture: A Structural Topic Model of Francis Bacon’s Ideas“. In: *Journal of Comparative Economics* 47.1, S. 111–135. ISSN: 0147-5967. DOI: 10.1016/j.jce.2018.10.004. URL: <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0147596718304426> (besucht am 28.04.2019).
- Grimmer, Justin und Brandon M. Stewart (2013). „Text as Data: The Promise and Pitfalls of Automatic Content Analysis Methods for Political Texts“. In: *Political Analysis* 21.3, S. 267–297. ISSN: 1047-1987, 1476-4989. DOI: 10.1093/pan/mps028. URL: <https://www.cambridge.org/core/journals/political-analysis/article/text-as-data-the-promise-and-pitfalls-of-automatic-content-analysis-methods-for-political-texts/F7AAC8B2909441603FEB25C156448F20> (besucht am 23.04.2019).
- Grünen, B90/Die (16. Juni 2017). *Zukunft Wird Aus Mut Gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017*.
- Haselmayer, Martin und Marcelo Jenny (1. Nov. 2017). „Sentiment Analysis of Political Communication: Combining a Dictionary Approach with Crowdcoding“. In: *Quality & Quantity* 51.6, S. 2623–2646. ISSN: 1573-7845. DOI: 10.1007/s11135-016-0412-4. URL: <https://doi.org/10.1007/s11135-016-0412-4> (besucht am 23.04.2019).
- Heilman, Madeline E. (Jan. 2001). „Description and Prescription: How Gender Stereotypes Prevent Women’s Ascent Up the Organizational Ladder“. In: *Journal of Social Issues* 57.4, S. 657–674. ISSN: 0022-4537, 1540-4560. DOI: 10.1111/0022-4537.00234. URL: <http://doi.wiley.com/10.1111/0022-4537.00234> (besucht am 03.03.2019).
- Heilman, Madeline E. et al. (2004). „Penalties for Success: Reactions to Women Who Succeed at Male Gender-Typed Tasks.“ In: *Journal of Applied Psychology* 89.3, S. 416–427. ISSN: 1939-1854, 0021-9010. DOI: 10.1037/0021-9010.89.3.416. URL: <http://doi.apa.org/getdoi.cfm?doi=10.1037/0021-9010.89.3.416> (besucht am 03.03.2019).
- Herrnson, Paul S., J. Celeste Lay und Atiya Kai Stokes (Feb. 2003). „Women Running “as Women”: Candidate Gender, Campaign Issues, and Voter-Targeting Strategies“. In: *The Journal of Politics* 65.1, S. 244–255. ISSN: 0022-3816, 1468-2508. DOI: 10.1111/1468-2508.t01-1-00013. URL: <https://www.journals.uchicago.edu/doi/10.1111/1468-2508.t01-1-00013> (besucht am 21.03.2019).
- Huber, Frank, Frederik Meyer und Michael Lenzen (2014). *Grundlagen Der Varianzanalyse: Konzeption - Durchführung - Auswertung*. Wiesbaden: Springer Gabler. viii+109. ISBN: 978-3-658-05666-7.
- IPU, Inter-Parliamentary Union, Hrsg. (1. Jan. 2019). *Women in National Parliaments. Situation as of 1st January 2019*. URL: <http://archive.ipu.org/wmn-e/world.htm> (besucht am 11.01.2019).

- Kathlene, Lyn (Sep. 1994). „Power and Influence in State Legislative Policymaking: The Interaction of Gender and Position in Committee Hearing Debates.“ In: *American Political Science Review* 88.03, S. 560–576. ISSN: 0003-0554, 1537-5943. DOI: 10.2307/2944795. URL: http://www.journals.cambridge.org/abstract_S0003055400093655 (besucht am 03.03.2019).
- Koeser, Sara und Sabine Sczesny (Okt. 2014). „Promoting Gender-Fair Language: The Impact of Arguments on Language Use, Attitudes, and Cognitions“. In: *Journal of Language and Social Psychology* 33.5, S. 548–560. ISSN: 0261-927X, 1552-6526. DOI: 10.1177/0261927X14541280. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0261927X14541280> (besucht am 06.02.2019).
- Kuhlenkasper, Torben (2017). *Multivariate Analysemethoden: Theorie Und Praxis Mit R*. 3. Aufl. Statistik Und Ihre Anwendungen SpringerLink : Bücher. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum. xviii+536. ISBN: 978-3-662-54754-0.
- Linn, Susanne und Frank Sobolewski (2018). *So arbeitet der Deutsche Bundestag 19. Wahlperiode*. OCLC: 1037898017. NDV Neue Darmstädter Verlagsanstalt GmbH und Co. KG. ISBN: 978-3-95879-087-2.
- Lovenduski, Joni (2005). *Feminizing Politics*. OCLC: ocm58052990. Cambridge, UK ; Malden, MA: Polity Press. 184 S. ISBN: 978-0-7456-2462-4.
- Lovenduski, Joni (2015). *Gendering Politics, Feminising Political Science*. OCLC: 950861608. Colchester: ECPR Press. 363 S. ISBN: 978-1-910259-14-6.
- Lovenduski, Joni und Vicky Randall (Feb. 2004). „Gender in Contemporary British Politics“. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 6.1, S. 1–2. ISSN: 1369-1481, 1467-856X. DOI: 10.1111/j.1467-856X.2004.00123.x. URL: <http://journals.sagepub.com/doi/10.1111/j.1467-856X.2004.00123.x> (besucht am 22.04.2019).
- Meissner, Hanna (Juni 2008). *Die Soziale Konstruktion von Geschlecht – Erkenntnisperspektiven Und Gesellschaftstheoretische Fragen*. URL: https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_soziale_Konstruktion_von_Geschlecht____Erkenntnisperspektiven_und_gesellschaftstheoretische_Fragen/hanna_meissner.pdf (besucht am 01.04.2019).
- Menegatti, Michela und Monica Rubini (26. Sep. 2017). „Gender Bias and Sexism in Language“. In: *Oxford Research Encyclopedia of Communication*. DOI: 10.1093/acrefore/9780190228613.013.470. URL: <http://oxfordre.com/view/10.1093/acrefore/9780190228613.001.0001/acrefore-9780190228613-e-470> (besucht am 01.12.2018).
- Merz, Nicolas, Sven Regel und Jirka Lewandowski (1. Apr. 2016). „The Manifesto Corpus: A New Resource for Research on Political Parties and Quantitative Text Analysis“. In: *Research & Politics* 3.2, S. 2053168016643346. ISSN: 2053-1680. DOI: 10.1177/2053168016643346. URL: <https://doi.org/10.1177/2053168016643346> (besucht am 23.04.2019).
- Miller, Casey und Kate Swift (1976). *Words and Women*. 1st ed. Garden City, N.Y: Anchor Press. 197 S. ISBN: 978-0-385-04857-6.
- Mimno, David et al. (2011). „Optimizing Semantic Coherence in Topic Models“. In: *Proceedings of the Conference on Empirical Methods in Natural Language Processing* (Edinburgh, United Kingdom). EMNLP '11. Stroudsburg, PA, USA: Association for

- Computational Linguistics, S. 262–272. ISBN: 978-1-937284-11-4. URL: <http://dl.acm.org/citation.cfm?id=2145432.2145462> (besucht am 11.04.2019).
- Mishler, Alan et al. (2015). „Using Structural Topic Modeling to Detect Events and Cluster Twitter Users in the Ukrainian Crisis“. In: *HCI International 2015 - Posters' Extended Abstracts*. Hrsg. von Constantine Stephanidis. Communications in Computer and Information Science. Springer International Publishing, S. 639–644. ISBN: 978-3-319-21380-4.
- Morlok, Martin (2018). „Austritt, Ausschluss, Rechte: Der Fraktionslose Abgeordnete. Eine Veranstaltung Der Deutschen Vereinigung Für Parlamentsfragen“. In: *Politik Als Rechtlich Geordneter Prozess*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 365–382. ISBN: 978-3-8487-4424-4.
- Murray, Rainbow (März 2010). „Second Among Unequals? A Study of Whether France's "Quota Women" Are Up to the Job“. In: *Politics & Gender* 6.01, S. 93. ISSN: 1743-923X, 1743-9248. DOI: 10.1017/S1743923X09990523. URL: http://www.journals.cambridge.org/abstract_S1743923X09990523 (besucht am 10.04.2019).
- Niekler, Andreas (2018). *Automatisierte Verfahren für die Themenanalyse nachrichtenorientierter Textquellen*. Methoden und Forschungslogik der Kommunikationswissenschaft 13. OCLC: 1043864134. Köln: Herbert von Halem Verlag. 258 S. ISBN: 978-3-86962-261-3.
- Paxton, Pamela, Sheri Kunovich und Melanie M. Hughes (Aug. 2007). „Gender in Politics“. In: *Annual Review of Sociology* 33.1, S. 263–284. ISSN: 0360-0572, 1545-2115. DOI: 10.1146/annurev.soc.33.040406.131651. URL: <http://www.annualreviews.org/doi/10.1146/annurev.soc.33.040406.131651> (besucht am 02.04.2019).
- Phillips, Anne (1. Okt. 1998). *The Politics of Presence*. Oxford University Press. ISBN: 978-0-19-829415-3. DOI: 10.1093/0198294158.001.0001. URL: <http://www.oxfordscholarship.com/view/10.1093/0198294158.001.0001/acprof-9780198294153> (besucht am 30.11.2018).
- Pitkin, Hanna Fenichel (1972). *The Concept of Representation*. 1. paperback ed., [Nachdr.] OCLC: 838205515. Berkeley, Calif.: Univ. of California Press. 323 S. ISBN: 978-0-520-02156-3.
- Proksch, Sven-Oliver und Jonathan B. Slapin (1. Juli 2012). „Institutional Foundations of Legislative Speech“. In: *American Journal of Political Science* 56.3, S. 520–537. ISSN: 1540-5907. DOI: 10.1111/j.1540-5907.2011.00565.x. URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/j.1540-5907.2011.00565.x> (besucht am 30.11.2018).
- Proksch, Sven-Oliver und Jonathan B. Slapin (2015). *The Politics of Parliamentary Debate: Parties, Rebels and Representation*. OCLC: ocn898227968. Cambridge: Cambridge University Press. 206 S. ISBN: 978-1-107-07276-3.
- R Core Team (2018). *R: A Language and Environment for Statistical Computing*. Vienna, Austria: R Foundation for Statistical Computing. URL: <https://www.R-project.org/>.
- Rädiker, Stefan und Udo Kuckartz (2019). „Einleitung: Qualitative Daten mit Software analysieren“. In: *Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–12. ISBN: 978-3-658-22094-5. DOI: 10.1007/978-3-658-22095-2_1. URL: http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-22095-2_1 (besucht am 28.04.2019).

- Reisigl, Martin, Ursina Anderegg und Lilian Fankhauser (2017). „Geschlechtergerechte Sprache“. In:
- Remus, Robert, Uwe Quasthoff und Gerhard Heyer (2010). „SentiWS – a Publicly Available German-Language Resource for Sentiment Analysis“. In: *Proceedings of the 7th International Language Resources and Evaluation (LREC'10)*, S. 1168–1171.
- Reynolds, Andrew (1999). „Women in the Legislatures and Executives of the World: Knocking at the Highest Glass Ceiling“. In: *World Politics* 51.4, S. 547–572. ISSN: 0043-8871. URL: <https://www.jstor.org/stable/25054094> (besucht am 09.05.2019).
- Richards, Christina et al. (2. Jan. 2016). „Non-Binary or Genderqueer Genders“. In: *International Review of Psychiatry* 28.1, S. 95–102. ISSN: 0954-0261. DOI: 10.3109/09540261.2015.1106446. URL: <https://doi.org/10.3109/09540261.2015.1106446> (besucht am 27.04.2019).
- Roberts, Margaret E., Brandon M. Stewart und Dustin Tingley (2018). *Stm: R Package for Structural Topic Models*. URL: <http://www.structuraltopicmodel.com>.
- Roberts, Margaret, Brandon Stewart und Dustin Tingley (2016). „Navigating the Local Modes of Big Data: The Case of Topic Models“. In: *Computational Social Science: Discovery and Prediction*. New York: Cambridge University Press.
- Roberts, Margaret, Brandon Stewart, Dustin Tingley und Edoardo Airoidi (2013). *The Structural Topic Model and Applied Social Science*.
- Roberts, Molly, Brandon Stewart, Dustin Tingley, Christopher Lucas et al. (2014). „Structural Topic Models for Open Ended Survey Responses“. In: *American Journal of Political Science* 58.4, S. 1064–1082.
- Ruhose, Fedor (2019). *Die AfD im Deutschen Bundestag: zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur*. Essentials. OCLC: 1056966103. Wiesbaden: Springer. 46 S. ISBN: 978-3-658-23361-7 978-3-658-23360-0.
- Saalfeld, Thomas (Sep. 2011). „Parliamentary Questions as Instruments of Substantive Representation: Visible Minorities in the UK House of Commons, 2005–10“. In: *The Journal of Legislative Studies* 17.3, S. 271–289. ISSN: 1357-2334, 1743-9337. DOI: 10.1080/13572334.2011.595121. URL: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13572334.2011.595121> (besucht am 06.04.2019).
- Schreiner, Hermann J. (2005). „Die Berliner Stunde – Funktionsweise Und Erfahrungen: Zur Redeordnung Des Deutschen Bundestages“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36.3, S. 573–588. ISSN: 03401758, 18622534.
- Schwindt-Bayer, Leslie A. (Feb. 2009). „Making Quotas Work: The Effect of Gender Quota Laws On the Election of Women“. In: *Legislative Studies Quarterly* 34.1, S. 5–28. ISSN: 03629805. DOI: 10.3162/036298009787500330. URL: <http://doi.wiley.com/10.3162/036298009787500330> (besucht am 03.03.2019).
- Sczesny, Sabine, Magda Formanowicz und Franziska Moser (2. Feb. 2016). „Can Gender-Fair Language Reduce Gender Stereotyping and Discrimination?“ In: *Frontiers in Psychology* 7. ISSN: 1664-1078. DOI: 10.3389/fpsyg.2016.00025. URL: <http://journal.frontiersin.org/Article/10.3389/fpsyg.2016.00025/abstract> (besucht am 06.01.2019).
- Silveira, Jeanette (Jan. 1980). „Generic Masculine Words and Thinking“. In: *Women's Studies International Quarterly* 3.2-3, S. 165–178. ISSN: 01480685. DOI: 10.1016/S0148-0685(80)92113-2. URL: <https://linkinghub.elsevier.com/retrieve/pii/S0148068580921132> (besucht am 14.03.2019).

- Squires, Judith (1. Juli 2008). „The Constitutive Representation of Gender: Extra-Parliamentary Re-Presentations of Gender Relations“. In: *Representation* 44, S. 187–204. DOI: 10.1080/00344890802080464.
- Stahlberg, D., F. Braun et al. (2007). „Representation of the Sexes in Language“. In: *Social Communication. A Volume in the Series Frontiers of Social Psychology*. Hrsg. von K. Fiedler. New York: NY: Psychology Press, S. 163–187.
- Stahlberg, Dagmar und Sabine Sczesny (Juli 2001). „Effekte des generischen Maskulinums und alternativer Sprachformen auf den gedanklichen Einbezug von Frauen“. In: *Psychologische Rundschau* 52.3, S. 131–140. ISSN: 0033-3042, 2190-6238. DOI: 10.1026//0033-3042.52.3.131. URL: <https://econtent.hogrefe.com/doi/10.1026//0033-3042.52.3.131> (besucht am 06.01.2019).
- Süddeutsche (24. Apr. 2018). *Das gesplittete Parlament*. URL: <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/die-afd-im-bundestag-e362724/> (besucht am 08.05.2018).
- Swers, Michele L. (2002). *The Difference Women Make: The Policy Impact of Women in Congress*. Chicago ; London: University of Chicago Press. 194 S. ISBN: 978-0-226-78647-6.
- Thomas, Sue (1994). *How Women Legislate*. New York: Oxford University Press. 205 S. ISBN: 978-0-19-508507-5.
- Thompson, Ken (Juni 1968). „Programming Techniques: Regular Expression Search Algorithm“. In: *Commun. ACM* 11.6, S. 419–422. ISSN: 0001-0782. DOI: 10.1145/363347.363387. URL: <http://doi.acm.org/10.1145/363347.363387> (besucht am 23.04.2019).
- UNESCO (2011). *Priority Gender Equality Guidelines*. URL: http://www.unesco.org/new/fileadmin/MULTIMEDIA/HQ/BSP/GENDER/GE%20Guidelines%20December%20_FINAL.pdf.
- Vaughan, Davis und Matt Dancho (2018). *Furrr: Apply Mapping Functions in Parallel Using Futures*. URL: <https://CRAN.R-project.org/package=furrr>.
- Vervecken, Dries, Bettina Hannover und Ilka Wolter (Juni 2013). „Changing (S)Expectations: How Gender Fair Job Descriptions Impact Children’s Perceptions and Interest Regarding Traditionally Male Occupations“. In: *Journal of Vocational Behavior* 82.3, S. 208–220. ISSN: 00018791. DOI: 10.1016/j.jvb.2013.01.008. URL: <https://linkinghub.elsevier.com/retrieve/pii/S0001879113000304> (besucht am 06.05.2019).
- Wang, Vibeke (3. Juli 2014). „TRACING GENDER DIFFERENCES IN PARLIAMENTARY DEBATES: A GROWTH CURVE ANALYSIS OF UGANDAN MPS’ ACTIVITY LEVELS IN PLENARY SESSIONS, 1998–2008“. In: *Representation* 50.3, S. 365–377. ISSN: 0034-4893, 1749-4001. DOI: 10.1080/00344893.2014.951234. URL: <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/00344893.2014.951234> (besucht am 10.04.2019).
- Wängnerud, Lena (1. März 2000). „Testing the Politics of Presence: Women’s Representation in the Swedish Riksdag“. In: *Scandinavian Political Studies* 23.1, S. 67–91. ISSN: 1467-9477. DOI: 10.1111/1467-9477.00031. URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/1467-9477.00031> (besucht am 30.11.2018).
- Wängnerud, Lena (Juni 2009). „Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation“. In: *Annual Review of Political Science* 12.1, S. 51–69. ISSN: 1094-2939,

- 1545-1577. DOI: 10.1146/annurev.polisci.11.053106.123839. URL: <http://www.annualreviews.org/doi/10.1146/annurev.polisci.11.053106.123839> (besucht am 06.01.2019).
- Wängnerud, Lena (10. Apr. 2015). *The Principles of Gender-Sensitive Parliaments*. 1. Aufl. Routledge. ISBN: 978-1-315-75408-6. DOI: 10.4324/9781315754086. URL: <https://www.taylorfrancis.com/books/9781315754086> (besucht am 03.03.2019).
- Waring, Marilyn, Gaye Greenwood und Christine Pintat (2000). *Politics: Women's Insight: Analysis of the IPU Survey*. Unter Mitarb. von Inter-parliamentary Union. Series "Reports and Documents" no. 36. OCLC: ocm46924861. Geneva: Inter-parliamentary Union. 193 S. ISBN: 978-92-9142-068-1.
- Wickham, Hadley (2016). *Rvest: Easily Harvest (Scrape) Web Pages*. URL: <https://CRAN.R-project.org/package=rvest>.
- Wickham, Hadley (2017). *Tidyverse: Easily Install and Load the 'Tidyverse'*. URL: <https://CRAN.R-project.org/package=tidyverse>.
- Wickham, Hadley, James Hester und Jeroen Ooms (2018). *Xml2: Parse XML*. URL: <https://CRAN.R-project.org/package=xml2>.
- Wilkerson, John und Andreu Casas (2017). „Large-Scale Computerized Text Analysis in Political Science: Opportunities and Challenges“. In: *Annual Review of Political Science* 20.1, S. 529–544. DOI: 10.1146/annurev-polisci-052615-025542. URL: <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-052615-025542> (besucht am 23.04.2019).
- Xie, Yihui (2014). „Knitr: A Comprehensive Tool for Reproducible Research in R“. In: *Implementing Reproducible Computational Research*. Hrsg. von Victoria Stodden, Friedrich Leisch und Roger D. Peng. Chapman and Hall/CRC. URL: <http://www.crcpress.com/product/isbn/9781466561595>.
- Zhu, Hao (2019). *kableExtra: Construct Complex Table with 'kable' and Pipe Syntax*. URL: <https://CRAN.R-project.org/package=kableExtra>.